


PRESSESPIEGEL

der CDU in Pankow

Juni 2023

- ++ Interview Kraft (CDU): "Alle Verkehrsteilnehmer in Berlin berücksichtigen" S.1++
- ++ Verzögerungen unter der Brücke Straße am Bahnhof Karow wird tiefer gelegt S.2++
- ++ Mehr als 8000 Verkehrsunfälle S.6++
- ++ Baubeginn des Hallenbades erst Mitte 2025 Pankows Wasserratten länger auf dem Trockenen S.19++
- ++ Neuer Senat ändert Mobilitätsgesetz Schwarz-Rot winkt den Wirtschaftsverkehr durch S.31++
- ++ Verschönern mit Fördermittel S.35++
- ++ Kleingärtner aus Pankow: Neuanfang nur mit neuen Köpfen? S.41++
- ++ Berlin soll Grüne Welle für Radfahrer bekommen S.51++
- ++ Senat legt Radwegprojekte auf Eis: Millionensummen drohen zu verfallen S.60++
- ++ Endlich kommt ein Zebrastreifen S.65++
- ++ Verzögerungen unter der Brücke S.67++
- ++ Lost-Place-Villa: Deshalb bleibt das Brand-Haus schutzlos S 75.++
- ++ Streit um die neue Verkehrspolitik: Berlin droht ein Sommer des Zorns S.77++
- ++ Senat sichert Bezirken doch mehr Geld zu S.92++

Datum: 30.05.2023	Medium: rbb24 Inforadio
	Autor: n/a Thema: Johannes Kraft

Interview Kraft (CDU): "Alle Verkehrsteilnehmer in Berlin berücksichtigen"

<https://www.inforadio.de/rubriken/interviews/2023/05/30/wir-muessen-reden-streit-ums-auto-verkehrswende-berlin-johannes-kraft-cdu.html>

Für Kritiker ist klar: Unter der neuen schwarz-roten Regierung macht Berlin verkehrspolitisch eine Rolle rückwärts. Radwege seien wichtig für die Stadt, aber man müsse sich auch die Kosten dafür genau anschauen, sagt Johannes Kraft, Sprecher für Mobilität und Verkehr der Berliner CDU-Fraktion.

Der CDU sei es wichtig, Angebote für alle Verkehrsteilnehmer zu machen, sagt der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion im Abgeordnetenhaus, **Johannes Kraft**. Man wolle nicht nur Verbote aussprechen - so wie es die rot-grün-rote Vorgängerregierung gemacht habe. "Wir müssen alle Bedürfnisse aller Menschen in dieser Stadt in den Blick nehmen - und auch den Stadt-Umland-Verkehr, also die Pendler", sagt er.

Das gehe aber nicht zu Lasten der Radfahrer. "Natürlich gibt es nur einen beschränkten Raum in der Stadt. Aber wenn man vernünftig und pragmatisch Politik gestaltet, dann findet man auch immer Lösungen", so **Kraft**. Man werde sich nun den Radverkehrsplan und das Mobilitätsgesetz, das sehr streng sei, genau anschauen. "Und selbstverständlich sind wir dafür, dass sichere Radwege gebaut werden", sagt der CDU-Politiker.

Britta Nothnagel und Andreas Rausch sprechen live auf dem verkehrsberuhigten Richardplatz in Berlin-Neukölln mit ihren Gästen und Zuschauerinnen und Zuschauern vor Ort über den Streit zwischen Autofahrern und Autogegnern auf den Berliner Straßen.

Gesetzesänderungen noch vor der Sommerpause geplant

Bei Radschnellwegen müsse man genau prüfen, ob sie Sinn machten oder nicht. Sie seien "eine vernünftige Ergänzung", meint Kraft, aber das Kosten-Nutzen-Verhältnis müsse stimmen. "Bei der Radschnellwegeverbindung Nummer 4, dem sogenannten Panke-Trail, reden wir beispielsweise über viele, viele Millionen Euro - nach aktuellem Planungsstand sind es 85 Millionen." Da müsse man schauen, ob das tatsächlich sinnvoll sei.

Die CDU setze sich neben den "leistungsfähigen Verbindungen für Rad- und Autofahrer" auch dafür ein, dass reine Wohngebiete vom Durchgangsverkehr entlastet werden und es "vernünftige und attraktive Angebote für den öffentlichen Personennahverkehr" gibt. Auch die Sicherheit von Fußgängern habe man im Blick. Ziel sei es, noch vor der Sommerpause die Änderungen am Mobilitätsgesetz einzubringen.

rbb Bürgertalk "Wir müssen reden!" am Dienstagabend

Wird der neue Senat die Blockaden der Klimaaktivisten beenden können? Kommt jetzt wieder freie Fahrt fürs Auto in Berlin? Wird die Verkehrswende in Berlin gestoppt? Bleibt dann die Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern auf der Strecke? Und braucht Berlin wie Paris eine autofreie City?

Darüber diskutieren Britta Nothnagel und Andreas Rausch im rbb-Bürgertalk "Wir müssen reden!" mit ihren Gästen und Zuschauerinnen und Zuschauern - live am Dienstag ab 20:15 Uhr auf dem verkehrsberuhigten Richardplatz in Berlin-Neukölln.

Stand vom 30.05.2023

Datum: 02.06.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Johannes Kraft

Verzögerungen unter der Brücke

Straße am Bahnhof Karow wird tiefer gelegt



Seit fünf Jahren wird im Bereich der Eisenbahnbrücke über die Pankgrafenstraße am Bahnhof Karow gebaut. Derzeit werden Leitungen erneuert und tiefer gelegt. Voraussichtlich erst im Herbst 2024 wird die Unterführung wieder freigegeben. • Foto: Bernd Wähler • hochgeladen von Bernd Wähler

Seit November 2018 ist die Eisenbahnbrücke über die Pankgrafenstraße am Bahnhof Karow wegen Bauarbeiten gesperrt. Wie lange noch? Was passiert da? Und warum ziehen sich die Arbeiten so lange hin?

Bei diesem Bückenerneuerungsprojekt unmittelbar am Bahnhof Karow handelt es sich um ein sehr anspruchsvolles Vorhaben. Es wurden zunächst die Brücke für die S-Bahn und die für die Ferngleise erneuert. Doch damit nicht genug: Zum einen wurde die Durchfahrt von knapp zehn Metern auf 16 Meter verbreitert und gemäß gesetzlicher Vorgaben muss die Durchfahrtshöhe auf 4,50 Meter erhöht werden.

In die Höhe konnte die Bahn bei der Aufweitung der Durchfahrt allerdings nicht gehen, weil die Lage der Gleise durch den Bahnhof vorgegeben ist. Deshalb wird unter der Brücke die Fahrbahn tiefer gelegt. Dementsprechend ist natürlich auch die gesamte Straße auszubauen; es müssen alle unterirdischen Versorgungsleitungen unter der Brücke erneuert und ebenfalls tiefer gelegt werden.

Fertigstellung frühestens III. Quartal 2024

Ursprünglichen Planungen zufolge sollte die Brücke bereits Ende 2021 wieder passierbar sein. Doch noch immer befindet sich im Brückenbereich eine riesige Baustelle. Den aktuellen Sachstand erfragte deshalb Abgeordnetenhausmitglied **Johannes Kraft** (CDU) beim Senat. Die Senatsverwaltung holte wiederum Informationen von der Deutschen Bahn (DB) Netz AG ein. Diese ließ mitteilen: „Aufgrund der aktuell vorliegenden Verzögerungen gehen wir derzeit davon aus, dass die Eisenbahnüberführung Pankgrafestraße/Bahnhofstraße im III. Quartal 2024 wieder für den Straßenverkehr einschließlich Fahrradfahrern und Fußgängern freigegeben werden kann.“

Wasserbetriebe erneuern derzeit alle Versorgungsmedien

Aber was passiert aktuell und was sind die Ursachen für die Verzögerungen? Dazu lässt die DB Netz AG mitteilen: „Die Berliner Wasserbetriebe erneuern aktuell sämtliche Versorgungsmedien im Bereich der Eisenbahnüberführung.“ Das betrifft Regen- und Trinkwasserleitungen, aber auch Strom- und Gasleitungen werden unter der Brücke vollständig erneuert. Weil diese Arbeiten nicht mehr unmittelbar im Zusammenhang mit den Anlagen der DB Netz AG stehen, hat diese die Leitung der Baustelle im Bereich der Eisenbahnüberführung zum 1. Quartal 2022 an die Berliner Wasserbetriebe übergeben. „Die Übergabe erfolgte aufgrund von ausstehenden Rest- und Aufräumarbeiten drei Monate später als ursprünglich vorgesehen“, informiert die Senatsverkehrsverwaltung. „Nach Abschluss der Leitungsarbeiten wird die DB Netz AG die Baustelle von den Wasserbetrieben wieder übernehmen.“ Dann stehen die eigentlichen Straßenbauarbeiten an.

Aufwendiges Verfahren

Dass sich die Bauarbeiten der Wasserbetriebe nun ebenfalls länger hinziehen als geplant, hat natürlich auch seine Gründe, erfuh **Johannes Kraft** aus der Senatsverkehrsverwaltung: Die Bauausführung musste aufgrund der vorgefundenen Bodenverhältnisse angepasst werden, heißt es von den Wasserbetrieben. „Statt der ursprünglich geplanten Spundwandbaugrube mit einer im Düsenstrahlverfahren eingebrachten Sohle wurde zugunsten einer Baugrube mit Bohrpfahlwänden mit bewehrter Unterwasserbetonsohle umgeplant.“

Im Rahmen der Arbeiten seien darüber hinaus Hindernisse wie Kabel, Schutzrohre und Rohre anderer Eigentümer vorgefunden worden. Diese waren entweder gar nicht oder anders in den Plänen verzeichnet. Um sie nicht zu beschädigen, mussten zusätzliche Abdichtungen im Düsenstrahlverfahren hergestellt werden. Das alles braucht zusätzliche Zeit.

Datum: 03.06.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Johannes Kraft

Mehr als 8000 Verkehrsunfälle

PANKOW: An Kreuzungen der Hauptverkehrsstraßen knallt es am häufigsten

von [Bernd Wähler](#)

Wie verkehrssicher ist es auf Pankows Straßen? Schaut man sich die Unfallstatistik des vergangenen Jahres an, kann man zu dem Fazit kommen: nicht sonderlich sicher.

Vor allem im dicht besiedelten Ortsteil Prenzlauer Berg mit seinen Hauptverkehrsachsen Schönhauser Allee, Prenzlauer Allee, Greifswalder Straße, Danziger Straße und Storkower Straße passieren besonders viele Unfälle. Unfallschwerpunkte sind die Kreuzungen an diesen Straßen. Das teilt die Senatsinnenverwaltung auf Anfrage von Abgeordnetenhausmitglied Jo-

hannes Kraft (CDU) mit. Fasst man alle Unfälle zusammen, so kommt man auf insgesamt 8016 Verkehrsunfälle im Jahr 2022. In deren Folge starben im vergangenen Jahr vier Menschen. 223 Schwerverletzte wurden registriert.

Wie Johannes Kraft erfuhr, gab es die meisten, nämlich 89 Unfälle an der Kreuzung Storkower Straße/Landsberger Allee. Weitere Unfallschwerpunkte sind die Kreuzungen Bornholmer Straße/Schönhauser Allee/Wisbyer Straße (67 Unfälle), Ostseestraße/Prenzlauer Allee/Prenzlauer Promenade/Wisbyer Straße (66 Unfälle), Danziger Straße/Greifswalder Straße (51 Unfälle) und Danzi-

ger Straße/Prenzlauer Allee (42) Unfälle. Die Verursacher der meisten Verkehrsunfälle in Pankow sind Pkw-Fahrer sowie Fahrradfahrer.

Falsches Verhalten als häufigste Unfallursache

Zu den häufigsten Unfallursachen gehören unter anderem fehlerhaftes Wechseln des Fahrstreifens beim Nebeneinanderfahren oder Nichtbeachten des Reißverschlussverfahrens, ein ungenügender Sicherheitsabstand zu anderen Verkehrsteilnehmern, Fehler beim Abbiegen nach rechts, aber auch nach links, falsches Verhalten von Autofahrern und Radfahrern gegenüber

Fußgängern und das Fahren bei roter Ampel. Viele der Unfälle sind also auf verhaltensbedingte Fehler der Verkehrsteilnehmer zurückzuführen. Allerdings wurden auch an drei Kreuzungen Verbesserungspotenziale festgestellt.

Um die betreffenden Kreuzungen noch verkehrssicherer zu machen, sind unter anderem Markierungen auf den Fahrbahnen erneuert, ergänzt oder farblich abgesetzt gestaltet worden. Diese Maßnahmen wurden bereits an den Kreuzungen Storkower Straße/Landsberger Allee, Schönhauser Allee/Eberswalder Straße und an der Grellstraße/Prenzlauer Allee umgesetzt.

Datum: 03.06.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Dr. Eva Scharfenberg

Was wünschen Sie?

BLANKENBURG: Umfrage zu Kulturangeboten


von Bernd Wähler

Was Kulturangebote und Freizeiteinrichtungen betrifft, sieht es im Ortsteil Blankenburg recht flau aus.

Das sollte sich ändern, meint die CDU-Verordnete Eva Scharfenberg. Deshalb startet sie mit ihrem Fraktionskollegen Stefan Blauert eine Umfrage: „Am Runden Tisch Blankenburg haben wir mit den Teilnehmern einen BVV-Antrag zu weiteren

Freizeitangeboten diskutiert“, erklärt Scharfenberg. „Jetzt möchten wir die Bürger direkt fragen, was sie sich vorstellen.“ Sind es Sportangebote für Ältere? Oder Kreativangebote? Oder wird mehr Kaffeeklatsch gewünscht? Weitere Ideen sind willkommen. Außerdem interessiert die Verordneten, zu welcher Uhrzeit die Angebote stattfinden sollten und wie oft.

Ideen an scharfenberg@fraktion-cdupankow.de, ☎ 0157/87 55 57 12 durchgeben.

Datum: 06/2023	Medium: Bucher Bote
	Autor: Julia Schmitz Thema: Manuela Anders-Granitzki, Jörn Pasternack

Bucher 

Aktuell

Sie haben im Bezirksamt das Sagen

FOTOS: BEZIRKSAMT PANKOW













Dr. Cordelia Koch (B90 / Grüne), Bezirksbürgermeisterin, Abt. Finanzen, Personal, Weiterbildung, Kultur, Wirtschaftsförd., Kontakt: Cordelia.Koch@ba-pankow.berlin.de, Tel. 90 295 2300

Manuela Anders-Granitzki (CDU), stellv. Bezirksbürgermeisterin, Stadträtin für Ordnung und Öffentl. Raum. Kontakt: Manuela.Anders-Granitzki@ba-pankow.berlin.de, Tel. 90 295 8500

Jörn Pasternack (CDU), Stadtrat für Schule, Sport und Facility Management. Kontakt: joern.pasternack@ba-pankow.berlin.de, Tel. (030) 90 295 5200

Cornelius Bechtler (B90 / Grüne), Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Bürgerdienste. Kontakt: Cornelius.Bechtler@ba-pankow.berlin.de, Tel. 90295 6300

Dominique Krössin (Die Linke), Bezirksstadträtin für Soziales und Gesundheit. Kontakt: kroessin@ba-pankow.berlin.de, Tel. (030) 90 295 .

Rona Tietje (SPD), Bezirksstadträtin für Jugend und Familie. Kontakt: rona.tietje@ba-pankow.berlin.de, Tel. (030) 90 295 7300

Grüne, CDU und FDP regieren jetzt im Pankower Rathaus

Ende April war es dann amtlich. Die Pankower Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wählte mit sehr knapper Stimmenmehrheit (28 Ja- zu 26 Nein-Stimmen) die Grünen-Politikerin Dr. Cordelia Koch zur neuen Bürgermeisterin des 400.000 Einwohner starken Bezirks. Die kooperierenden Jamaika-Bündnispartner Grüne, CDU und FDP hatten für sie gestimmt. Vorgänger Sören Benn (Die Linke) war damit offiziell abgelöst. Durch die Wiederholungswahl im Februar in Berlin haben sich die Verhältnisse in Pankows Rathaus deutlich verändert. Die Grünen gewannen, die CDU verzeichnete starke Stimmenzuwächse, SPD und Linkspartei sackten ab. Dies wird auch in der Besetzung der Stadtratsposten im Bezirksamt deutlich. Bezirksbürgermeisterin Dr. Cordelia Koch, die zuvor Bezirksstadträtin für Soziales und Gesundheit war, leitet nun die Abt. Finanzen, Personal, Weiterbildung und Kultur, Wirtschaftsförderung. Zu ihrer Stellvertreterin wurde Manuela Anders-Granitzki gewählt. Die CDU-Frau

behält ihr Ressort mit Ordnungs-, Umwelt- und Naturschutz- sowie Straßen- und Grünflächenamt. Einziger Neuling in der Stadtrat-Runde ist Jörn Pasternack (CDU), der den Bereich Schule, Sport und Facility Management verantwortet. Cornelius Bechtler (B90/Grüne) hat das Stadtentwicklungsamt und Amt für Bürgerdienste übernommen. Dominique Krössin (Die Linke) wird künftig für Soziales und Gesundheit zuständig sein und Rona Tietje (SPD) für Jugend und Familie.

Ex-Bürgermeister Sören Benn war für seine Arbeit geachtet und anerkannt. Nun ist auch er bis zum offiziellen Ende der Legislaturperiode im Jahr 2026 wie zahlreiche andere Berliner Bezirkspolitiker mit der Weiterzahlung seiner vollen Bezüge beglückt worden. Knapp vier Millionen Euro wird Berlin den ausgeschiedenen Verwaltungsbeamten bis dahin zahlen. 14 ehemalige Stadträte und Bezirksbürgermeister der 12 Berliner Bezirke sind davon betroffen. Hinzu kommen wohl auch noch jene vormaligen Bürgermeister, die nun auf einem Stadtratsposten sitzen und sonst weniger verdienen würden, als bei der Erstwahl vereinbart. Auch sie behalten ihre höheren Bezüge.


Pankows neue Bürgermeisterin

Fortsetzung von S. 1

In Buch wird der Schwerpunkt auf der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum liegen. Die soziale und die grüne Infrastruktur sollen dabei mitwachsen, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen wollen wir fördern. So soll der Bau des Kultur- und Bildungszentrums Buch vorangetrieben werden.

Für Karow streben wir die Stärkung des Ortskerns an, indem wir auf eine vielfältige Mischung aus Wohnen, Gewerbe und Kultur setzen. Auch hier sind der Erhalt von Grünflächen und die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere für den Fahrradverkehr, wichtige Anliegen.

In Blankenburg liegt der Fokus auf dem Erhalt des historischen Ortskerns und der Förderung von sozialen und kulturellen Einrichtungen. Wir wollen eine nachhaltige Stadtentwicklung vorantreiben und Spielplätze, Schulen, Kitas ausbauen. Gerade hier bei uns im Norden soll eine bessere Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr erreicht werden. Kommen Sie gerne mit mir darüber ins Gespräch. «


Datum: 06/2023	Medium: Bucher Bote
	Autor: n/a Thema: Johannes Kraft

■ Neuer Zebrastreifen
 Ein neuer Fußgängerüberweg wird an der stark frequentierten Kreuzung der Bucher Chaussee/Hofzeichendamm/Schönerlinder Weg in Karow eingerichtet. Der Karower Abgeordnete Johannes Kraft (MdB) hatte sich seit Jahren gemeinsam mit Anwohnern dafür eingesetzt. Der neue Zebrastreifen soll im Juni in Betrieb genommen werden. Er ist dringend nötig, denn in unmittelbarer Kreuzungsnähe befinden sich mehrere Kitas, ein Ärztehaus mit Apotheke sowie verschiedene Läden.

UMGESCHAUT
Künftige Sperrungen auf der S2

Es ist nicht nur ein Gefühl. Die Ausfälle auf der S-Bahnlinie S2 sind hoch. Der Abgeordnete Johannes Kraft (CDU) hatte dazu eine Anfrage an den Senat gerichtet, der die Deutsche Bahn AG um Auskunft bat. Die argumentierte mit vorhersehbaren und unvorhersehbaren Ausfällen. Demnach betragen die vorhersehbaren Zugausfälle der S2 132.863 Zugkilometer (4,7 % des Jahresfahrplans) in 2021 und 205.342 Kilometer (7,2 % des Jahresfahrplans) in 2022. Die unvorhersehbaren Zugausfälle betragen in 2021 126.100 Zugkilometer (4,7 % des Tagesfahrplans) und 82.731 Km (3,1 % des Tagesfahrplans) in 2022.

Weitere Sperrungen sind geplant, um die Infrastruktur – insbesondere die Leit- und Sicherungstechnik sowie weitere Brückenbauwerke – zwischen Gesundbrunnen und Bernau zu erneuern. Das ist in den Herbstferien 2023 zwischen Pankow-Karow (21.10.-3.11.), zwischen Buch-Zepernick (26.3.-2.5.2024), in den Herbstferien 2024 zwischen Gesundbrunnen-Blankenburg (19.10.-3.11.2024) sowie in den Sommerferien 2025 zwischen Pankow-Bernau (12.7.-27.7. u. 29.8.-7.9.2025) geplant. Weitere Sperrungen an Wochenenden und Nächten in den Jahren 2023, 2024 und 2025 seien zu erwarten.

Datum: 06/2023	Medium: Bucher Bote
	Autor: n/a Thema: Johannes Kraft

LANGER TAG DER STADTNATUR

Entdeckungstouren in die Natur

Samstag, 10. 6. 15–18 Uhr: »Die Kleinigkeiten im Wald« für Kinder ab 8 Jahren, Familien, Leitung: Harald Fuchs, begleitet von Linda Vierdecke (MdA). Start: Waldschule Bucher Forst, Hobrechtsfelder Chaussee 110. Auf der Entdeckungstour ins Kleine erlangen wir ganz ungeahnte Einblicke in die Natur und genießen die Schönheit des Waldes.

♦

Samstag, 10. 6., 13–15.30 Uhr: »Exkursion zum Naturschutzgebiet Karower Teiche« für Kinder ab 8 J., Jugendliche, Familien, Leitung: Oskar Neumann & Franziska Clauss, begleitet von Johannes Kraft (MdA), ein Angebot des Museums für Naturkunde. Start: S-Bhf. Karow, Ausgang Bahnhofstraße. Vogelbeobachtung, danach wird die Kleintierwelt der Panke untersucht (Fernglas von Vorteil).

♦

Samstag, 10. 6., 17–19.30 Uhr: »Wildpflanzen und Bachblüten an den Karower Teichen«, für Familien und andere Erwachsene, Leitung: Simone Hornung, ein Angebot von Lebensschule Natur. Start: S-Bhf. Karow, Buswendeschleife (Sitzunterlage, Becher mitbringen). Leichte Wanderung und Wildpflanzenführung, Unterwegs Kräuterimbiss.

♦

Samstag, 10. 6., 13–18 Uhr: »Matsch Moor«, ein matschiges Spektakel in der

FOTO: KRISTIANE SPITZ



Wilden Welt Moorwiese für Kinder bis 16 J., Familien, Leitung: Julia Obert. Ein Angebot von Spielkultur Buch e. V., Start: Wiltbergstr. 29 A (Wechselsachen, Handtuch mitbringen). Bauen mit Matsch und spielen mit Lehm, Erde, Feuer und Wasser.

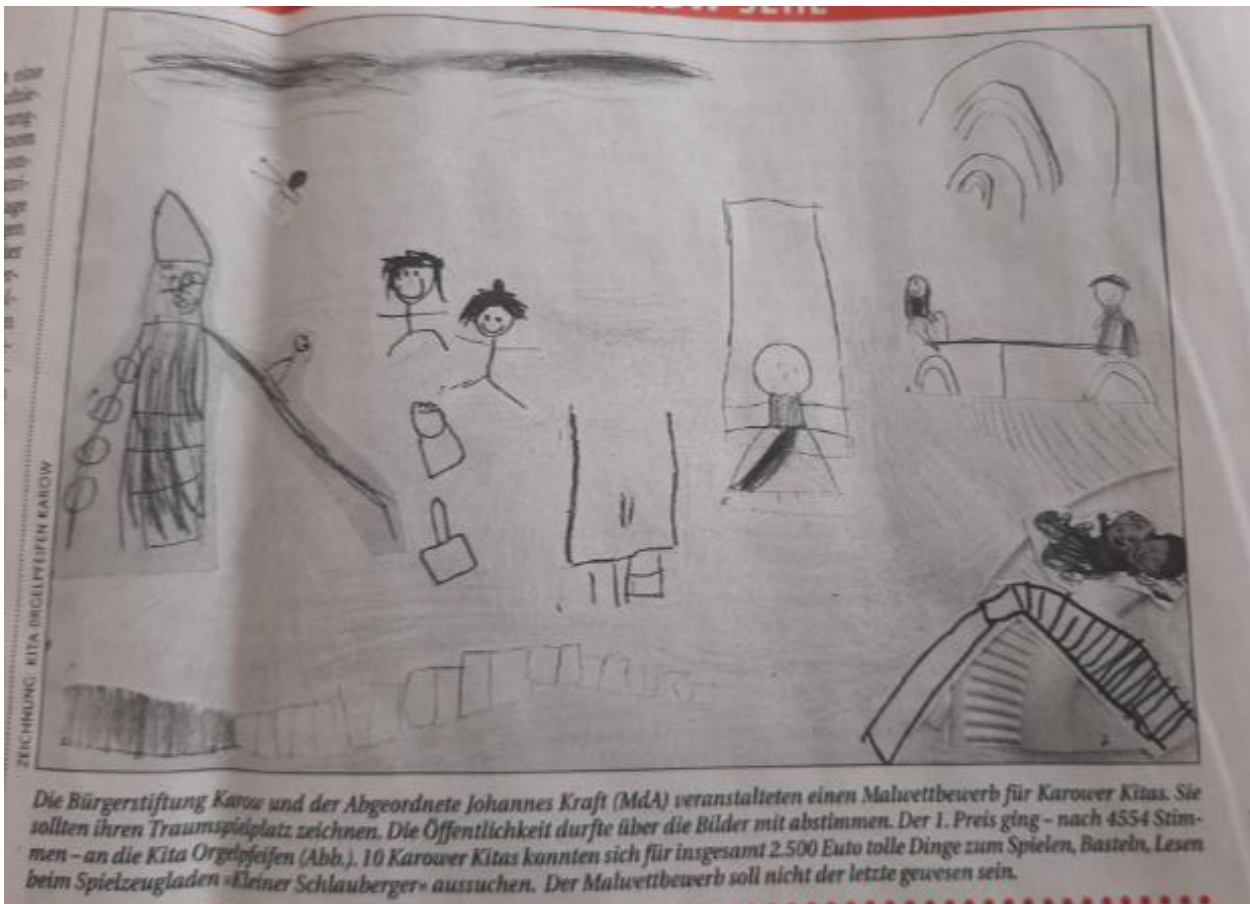
♦


Samstag, 10. 6., 15.30–17.30 Uhr: »Sonnenvogel, sechsbeinige Ritter & fliegende Juwel«, eine spannende Expedition in die Welt der Insekten für Kinder, Jugendliche, Familien, Erwachsene, Leitung: Frederik Rothe, ein Angebot von Stadtnatur-Ranger Pankow. Start: Hobrechtsfelder Chaussee, Parkplatz Bogenseekette. Welche Insekten kommen am Berliner Stadtrand eigentlich vor?

♦

Sonntag, 11. 6., 14–16 Uhr: »Jagd durch den Hobrechtswald«, mit Tablets auf digitaler Zeitreise für Kinder ab 10 J., Jugendliche, Familien, Erwachsene, Leitung: Eva Roeder, ein Angebot vom Naturpark Barnim. Start: Hobrechtsfelder Dorfstr. 45, Gut Hobrechtsfelde, bei den Holzbänken (GPS-fähiges Smartphone/Tablet mit Locandy-App mitbringen). Mit dem digitalen Spielangebot (mit kniffligen Aufgaben) können Interessierte die Riesefeldlandschaft rund um Hobrechtsfelde im Naturpark Barnim entdecken (ca. 4,5 km).

Datum: 06/2023	Medium: Bucher Bote
Bucher Bote Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung	Autor: n/a Thema: Johannes Kraft



Datum: 06/2023	Medium: Bucher Bote
	Autor: n/a Thema: Manuela Anders-Granitzki

Bote

Thema des Monats

Bucher Schlosspark-Freuden

Nach zehn Jahren Sanierung wurde Buchs Schlosspark nun offiziell eröffnet

Am 13. Mai wurde der »Tag der Städtebauförderung« begangen. An diesem sonnigen Tag zog es viele Bucher Bürgerinnen und Bürger in ihren Schlosspark. Mit einem kleinen Fest wurden die langjährigen Sanierungsarbeiten offiziell abgeschlossen. Wie es sich für eine richtige Eröffnung gehört, gab es ein rotes Band, das von Hendrik Hübscher von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, dem Pankower Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Bürgerdienste, Cornelius Bechtler, und Manuela Anders-Granitzki, Pankower Bezirksstadträtin für Ordnung und Öffentlichen Raum, mit herzhaften Scherenschnitten durchtrennt wurde.

Vorher gab es noch einige kurze Reden. Hendrik Hübscher verwies darauf, dass in den Ortsteil Buch in den letzten Jahren rund 33 Millionen Euro im Rahmen der Städtebauförderung geflossen seien. Bezirksstadtrat Cornelius Bechtler informierte u. a., dass das geplante Bildungs- und Integrationszentrum ebenfalls durch Fördermittel aus diesem Programm finanziert werde. Bezirksstadträtin Manuela Anders-Granitzki bedankte sich bei allen beteiligten Firmen und Mitarbeitern in den Senatsverwaltungen und in der Bezirksverwaltung.

Das kulturelle Highlight am Eröffnungstag kam vom Chor der Eltern und Freunde der Evangelischen Schule Buch. Neben Kaffee und Kuchen gab es für Kinder verschiedene Spiel- und Beschäftigungsmöglichkeiten, wie Kinderschminken oder eine Schatzsuche.

Der heutige Schlosspark wurde bereits 1669 angelegt. In fünf Bauabschnitten konnte das Gartendenkmal Schlosspark Buch von 2012 bis 2022 denkmalgerecht saniert werden. Insgesamt 2,18 Millionen Euro aus dem Programm »Nachhaltige Stadterneuerung« sind dafür verwendet worden.

Nachdem das Band durchschnitten war, gab es einen Hundgang mit Landschaftsarchitektin Brigitte Gehrke und Leane Benjamin vom Straßen- und Grünflächenamt Pankow. Sie demonstrierten anhand alter Fotos, wie die verschiedenen Stellen im Schlosspark früher aussahen. Alle Baumalleen sind nun vervollständigt, die Mittelallee mit Linden, die Westallee mit Hainbuchen und die Kastanienallee mit Esskastanien. Insgesamt 135 Bäume wurden neu gepflanzt, die Wege, Platzflächen und zwei Aussichtshügel erneuert und Sitzgelegenheiten nebst Abfallbehältern aufgestellt, all das immer in Absprache mit der Unteren Denkmalbehörde und dem NABU. Rund um den ehemaligen Schlossstandort wurden vier



FOTOS: ANDREAS WOLF

Banddurchschnitt: M. Anders-Granitzki, C. Bechtler, H. Hübscher.

Treppenanlagen wiederhergestellt, darunter die Treppe zur Kirche, von der es nur noch die alten Fundamente gab. Der Park erhielt drei Informationstafeln zur Geschichte des Schlossparks sowie zur Ortsgeschichte Buch. Mit dem QR-Code können sich die Gäste des Parks weitergehende Informationen besorgen. Später kommen auch noch Audio-Dateien dazu. Spätestens Ende des Jahres soll auch das Grabmal von Julie Elisabeth Amalia von Voß wieder errichtet werden. Auch der Bucher Bür-



gerverein setzt sich seit Jahren für den Schlosspark ein, insbesondere mit vielen Arbeitseinsätzen, immer in Abstimmung mit dem Pankower Grünflächenamt. Peter Schmoll, das Ehepaar Henke und Andreas Wolf vom Bucher Bürgerverein erhielten aus den Händen von Manuela Anders-Granitzki eine Anerkennung, stellvertretend für die vielen, die sich um Buchs Schlosspark kümmern.

Einen Wunsch haben sehr viele Besucher geäußert – der Schlosspark Buch möge auch in Zukunft so gepflegt aussehen wie zurzeit.

Andreas Wolf

Datum: 06/2023	Medium: Bucher Bote
Bucher Bote Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung	Autor: n/a Thema: Manuela Anders-Granitzki

Natur & Umwelt

Kleingarten-Skandal in Pankow

Bezirksverbands-Chefin veruntreute Pachtgelder

Kennen Sie Schreiber? Dr. Daniel Gottlieb Moritz Schreiber? Der mit den Schreiber-Gärten: Der promovierte Mediziner (1808-1861) übernahm 1844 die Orthopädische Heilanstalt in Leipzig, setzte sich zu Beginn der industriellen Revolution für die Schaffung von »Armen- und Spezialgärten« für Kinder aus den dumpfen engen Mietskasernen der Städte ein. Nach Schreibers frühem Tod gründete ein Leipziger Schuldirektor den ersten »Schreiberverein« und begründete damit das Kleingartenwesen in Deutschland, 1870 entstanden da die ersten Gartenparzellen. Ursprünglich war der auf diesen vorgeschriebene Obst- und Gemüseanbau dafür gedacht, die armen Pächter aus eigener Kraft zu ernähren und die geringe Pacht zu erwirtschaften.

Heute beträgt die Pacht nur zwischen 7 und 50 Cent je Quadratmeter im Jahr, im Bundesdurchschnitt 18 Cent/m². Fünf Millionen Bundesbürger organisiert in 15.000 Vereinen erholen sich in 967.200 Kleingärten. In Berlin existieren 877 Kleingartenanlagen (KGA) mit 70.953 Parzellen. 91,4 Prozent haben einen Bestandsschutz mindestens bis 2030. Die Pacht beträgt meist zwischen 150 und 280 Euro im Jahr. Der Bezirksverband Pankow der Gartenfreunde listet auf seiner Website 54 Vereine. In Karow gibt es sechs Kleingartenanlagen, in Buch ebenfalls. Schreibers Intention war – trotz durchaus umstritten harter Methoden – die Verbesserung der Gesundheit der Kleinstverdiener. Er würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüsste, was sich gerade beim Untreue-Skandal in Pankow abspielt.

Anzeige wegen Veruntreuung

Verantwortliche des Bezirksverbandes haben offenbar jahrelang die Pachten von den KGA kassiert, aber nicht an die Eigentümer des Grundes weitergeleitet. »Bis zum Herbst 2022 hatten wir Außenstände von rund 700.000 Euro aus Pacht, Grundsteuer und BSR-Gebühren vom BV«, wie Bezirksstadträtin Manuela Anders-Granitzki dem »BB« bestätigte. Betroffen sind sowohl das Land Berlin als auch private Grundstückseigentümer. Ihr Amt hat Anzeige wegen Verdachts der Untreue gegen den bisherigen Vorstand des Pankower Verbands gestellt. Ohne Pachtzahlung aber droht den Kleingärtnern die Kündigung. In Mitgliedsvereinen wird darüber diskutiert, wie die KGA davon bewahrt werden können. Eine Sonderumlage – also zweite Pacht – könnte die Rettung sein.

Nach Informationen des »BB« trat 2021 ein Kassierenverantwortlicher zurück. Frau K., ehrenamtliche Vorsitzende, die in Personalunion auch als angestellte Geschäftsführerin tätig war, soll das ausgeutzt und seither die alleinige Vollmacht für alle Konten besessen haben. Sie soll in der Folge die Post abgefangen haben, darunter Mahnungen. Delikat sei auch, dass mehrere Familienmitglieder zusammen im Bezirksvorstand gearbeitet hätten.

Gerüchte über Ungereimtheiten bei Zahlungen machten 2022 die Runde. Ende des Jahres stellte Stadträtin Anders-Granitzki Strafanzeige wegen Untreue gegen Verantwortliche des BV, um »Schaden vom Land Berlin abzuwenden«. Danach gab es Gespräche, und am Ende des Jahres hatte der BV dann die außenstehenden 700.000 Euro komplett überwiesen. Allerdings fehlten am 15. Februar 2023 noch 60.000 Euro für die erste Pachtzahlung diesen Jahres – und die wurde bis heute nicht getätigt. Insgesamt »laufen in diesem Jahr noch 527.000 Euro vertragliche Verbindlichkeiten auf, und das Geld ist laut Bezirksverband nicht da«, so Anders-Granitzki zum »BB«. Wie hoch die Außenstände des BV bei privaten Grundstückseigentümern sind, entziehe sich ihrer Kenntnis.

Angst vor Gartenkündigung

Bis zum Tag vor der außerordentlichen Verbandsversammlung des Bezirksverbandes am 24. März 2023 hatte Frau K. trotz Anzeige und Vorwürfen alle Finanzgeschäfte ausgeführt und die Räume der Geschäftsstelle regelmäßig betreten. Seither sind alle wesentlichen Akten verschwunden. Auf der Sitzung sollte ein neuer Vorstand gewählt und ein Wirtschaftsprüfer beauftragt werden. Fünf Vorstände traten zurück, eine Neuwahl gab es nicht. Angeblich soll sich Frau K. inzwischen nach Schweden abgesetzt haben, berichten Kleingärtner.

Müssen die Kleingärtner angesichts der nicht gezahlten Pachten jetzt um ihre Parzelle fürchten? Stadträtin Anders-Granitzki gibt zumindest für den überwiegenden Teil der Flächen in Landesbesitz Entwarnung: »Im Notfall tritt das Land Berlin die Rechtsnachfolge des Bezirksverbandes an den Verträgen mit den Kleingärtnern an. Kein Kleingärtner muss damit rechnen, dass er gekündigt wird«, sagt sie dem »BB«. Das Land Berlin könne aber auf die ihm zustehenden Gelder nicht verzichten. Die Stadträtin ist auch zu einer Stundung offener Beiträge bereit: »Aber nur, wenn ich einen akzeptablen Finanzplan vorgelegt bekomme«. Wie private Grundstückseigentümer reagieren, wenn sie die Pacht nicht bekommen und dadurch einen Kündigungsgrund haben, ist offenbar nicht klar. Schließlich ist Kleingartenland mit der vergleichsweise niedrigen Pacht nicht wirklich lukrativ...

Neue Strukturen gefordert

Nach einer Krisensitzung der Pankower Vereinsvorstände wurde nun Mitte Mai auf Mitgliedsversammlungen in den einzelnen Vereinen erörtert, wie es mit dem Bezirksverband weitergeht. In der KGA »Edelweiß« in Französisch Buchholz sind die Kleingärtner entsetzt. Dort gibt es Kleingärten auf Landes- und auf Privatflächen, letzterer Verpächter fordert nun vehement ausstehende ca. 5000 bis 6000 Euro. Kündigungsdrohungen stehen im Raum. Wie in anderen KGA diskutierte man hier das Modell, eine Sonderumlage zu erheben. So könnte die Pacht für 2023 notfalls vom KGA-Vorstand noch einmal direkt an den Eigentümer gezahlt werden – also unter Umgehung des Bezirksverbandes. Auch wenn das zunächst nicht auf Gegenliebe stieß, war der Tenor nach der Versammlung: das Geld zu bezahlen aus Angst vor Kündigung und um Frieden in der Anlage zu wahren. Kleingärtner Uwe Sprenger zum »BB«: »Dann beißen wir in den sauren Apfel und zahlen die Pacht noch mal, das ist der allgemeine Tenor in unserer Anlage. Wir wollen nicht, dass uns die Gärten gekündigt werden. Es müssen im Bezirksverband nun schnell neue Strukturen aufgebaut werden und effektive Kontrollinstanzen.«

Ähnlich ist der Stand in »Daheim 2« in Rosenthal. Rund 50.000 Euro müsste die KGA für die 2023 ausstehenden Zahlungen aufbringen. »In letzter Konsequenz muss sich jeder Pächter fragen, ob er bereit ist, für das Jahr 2023 eine Einmalzahlung von ca. 150 Euro zu leisten oder ob er riskiert, seinen Kleingarten zu verlieren«, so der Vorstand in einem Schreiben an die Mitglieder.

Das Modell einer einmaligen zweiten Pacht zur Absicherung der Gärten stößt auch bei Manuela Anders-Granitzki auf Gegenliebe. Sie wendet sich aber eindringlich an alle Kleingärtner und fordert sie auf, sich zu engagieren: »In dieser verfahrenen Situation müssen Sie einen Vorstand wählen, der bereit ist, das Ruder heranzureißen und wieder Ordnung in die Finanzen zu bringen. Der Bezirksvorstand muss neu gewählt werden und braucht Kandidaten! Nutzen Sie diese Chance für einen Neuanfang.«

Mathias Heller

LANGER

Entdeckt

Samstag, 10. 6., 15–18 Uhr: »Die Kleinigkeiten im Wald« für Kinder ab 8 Jahren, Familien, Leitung: Harald Bucha, begleitet von Linda Viericke (MdA). Start: Waldschule Bucher Forst, Humbrechtfelder Chaussee 110. Auf der Entdeckungstour ins Kleingartenwunderland langten wir ganz unentdeckte Einblicke in die Natur und genießen die Schönheit des Waldes.


Samstag, 10. 6., 13–16 Uhr: »Natur und Naturschutz im Bucher Forst« für Kinder ab 8 Jahren, Leitung: Oskara Ziska Clauss, begleitet von Harald Bucha (MdA), ein Anlauf für Naturkunde. Start: Ausgang Bahnhofstraße, danach wird die Panke untersucht.

Samstag, 10. 6., 10–12 Uhr: »Pflanzen und Bäume im Bucher Forst« für Erwachsene, Leitung: Harald Bucha (MdA), ein Anlauf für Naturkunde. Start: S-Bhf. Karow, danach wird die Panke untersucht.

Samstag, 10. 6., 10–12 Uhr: »Moore«, ein Anlauf für Naturkunde.

Kü

Es ist nicht... Der Abgeordnete hatte dazu... gerichtet, die Auskunfts... vorhersehbar ausfallen. hersehbar Zugkilometer (7,2 % des unverhörtgen in 2021 des Tages... % des Tage

Datum: 05.06.2023	Medium: rbb
	Autor: Thema: Dirk Stettner

Schwarz-rote Koalition in Berlin will Wasserpreise nicht erhöhen

Mo 05.06.23 | 20:09 Uhr

29



Video: rbb24 Abendschau | 05.06.2023 | J. Kubowics | Bild: dpa/W. Rothermel

Steigen die Wasserpreise in Berlin oder nicht? Die Wasserbetriebe fordern: Ja, und zwar um mehr als zehn Prozent. Die Fraktions-Spitzen von CDU und SPD lehnen das vehement ab - zumindest für die nächsten Jahre.

Die Berliner Regierungskoalition will die Wasserpreise stabil halten. Das sagten die beiden Fraktionschefs **Dirk Stettner** (CDU) und Raed Saleh (SPD) am Montag dem rbb. Sie reagierten damit auf Forderungen des neuen Chefs der Berliner Wasserbetriebe, Christoph Donner, der im ["Tagesspiegel"](#) [\[Bezahlbeitrag\]](#) eine Preissteigerung im zweistelligen Prozentbereich ins Gespräch gebracht hatte.

Saleh will auf Überschüsse verzichten

"Diese Erhöhung wird es nicht geben", so Saleh. Es sei aktuell "der falsche Zeitpunkt" die Berlinerinnen und Berliner mit Preiserhöhungen für Wasser zu

konfrontieren. Zwar hätten die Wasserbetriebe hohe Ausgaben für die Instandhaltung ihrer Infrastruktur und Investitionen auch mit Blick auf den Klimawandel. Aber das "darf nicht zu Lasten der Berlinerinnen und Berliner gehen", so Saleh. Stattdessen könne das Land Berlin auf seinen Anteil an den Überschüssen der Wasserbetriebe verzichten, um Preiserhöhungen zu verhindern, schlug Saleh vor.

Nach Abzug aller Steuern belief sich dieser Betrag zuletzt auf durchschnittlich 120 Millionen Euro pro Jahr, erklärte eine Sprecherin der Wasserbetriebe auf rbb-Nachfrage. Insgesamt haben die Wasserbetriebe 2022 einen Überschuss von 266 Millionen Euro erwirtschaftet.

Stettner will Preiserhöhungen frühestens in drei Jahren

Auch CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** lehnte es ab, die Wasserpreise in Berlin zu erhöhen. "Wir können nicht einerseits die Wasserbetriebe zurückkaufen, dann Gewinne machen, und dann den Berlinerinnen und Berlinern sagen, sie sollen mehr für ihr Wasser zahlen." Die Politik werde das Gespräch mit den Wasserbetrieben suchen, kündigte **Stettner** an. Dass das Land Berlin auf Einnahmen des profitablen Unternehmens verzichtet, unterstütze er. Den Fehlbetrag im Haushalt müsse dann die von SPD-Senatorin Franziska Giffey geführte Wirtschaftsverwaltung anderswo einsparen. Der Betrag sei angesichts des Milliardenhaushalts von Berlin aber nicht besonders gravierend. Frühestens in drei bis fünf Jahren, so Stettner, könne man über "moderate Preiserhöhungen" beim Berliner Wasser reden.

Wasserbetriebe-Chef Donner zufolge arbeitet das Unternehmen gerade an einer Kalkulation, die dann mit der Finanzverwaltung besprochen wird. Forderungen der Politik, dass die seit zehn Jahren stabilen Preise unverändert bleiben müssen, seien "komplett verständlich", so Donner. Im Vertrag mit dem Land Berlin sei aber vereinbart worden, dass die Wasserbetriebe 2023 die Gebühren erneut anpassen dürften. "Wir investieren in die größten Zukunftsprojekte von Berlin", erklärte Donner.

Dazu zählen unter anderem die Modernisierung der Abwasseraufbereitung und der Wasserleitungen. Dazu kämen Ausgaben im Zuge des Klimawandels. "Wir investieren bis 2030 über sechs Milliarden Euro. Dass das nicht zum Nulltarif geht, ist allen klar", sagte Donner. Dass CDU und SPD darüber nachdenken, den Anteil des Landes Berlin an den Gewinnen bei den Wasserbetrieben zu

belassen, sehe er "total positiv", so lange diese Zusage keine einmalige Lösung sei.

Die Wasserpreise sind seit Jahren stabil und liegen im Bundesvergleich am unteren Ende. Seit 2014 liegt die Trinkwassergebühr bei rund 1,70 Euro pro Kubikmeter.

Datum: 06.06.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert und Dennis Meischen Thema: Johannes Kraft

NACH MASSENSCHLÄGEREI

Sommerbad Pankow: Faustschläge und Bauverzögerungen **M+**

06.06.2023, 16:38 | Lesedauer: 6 Minuten

Thomas Schubert und Dennis Meischen

Konfliktlotsen des Projekts „Cool am Pool“ sollen in Berlins Freibädern für Frieden sorgen. Doch das funktioniert nicht immer, wie ein aktuelles Beispiel in Pankow zeigt.


Foto: Wolfgang Kumm / dpa

Schläge am Pool, spätere Termine für den großen Neubau und DDR-Nostalgie: Das Sommerbad Pankow heizt die Emotionen an. Ein Lagebericht.

„Bedauerlich, aber leider nicht überraschend“, sagt der Abgeordnete **Kraft**. „Es war schon länger klar, wie kompliziert dieses Verfahren wird, wenn man auch noch die neue Schule mit reinnimmt. Auch bei der Planung des Verkehrs gab es bekanntermaßen Verzögerung.“

„Weil es im Bezirk an Schwimmhallen mangelt, haben wir extrem lange Fahrtwege und eine Überbelegung an den vorhandenen Standorten in Buch und Prenzlauer Berg.

Selbst wenn Ereignisse wie am Sonntag nur Einzelfälle sind, kann man annehmen, dass Sicherheitskonzepte wohl nicht passen“,

Datum: 07.06.2023	Medium: B.Z.
	Autor: Hildburg Bruns Thema: Johannes Kraft

Baubeginn des Hallenbades erst Mitte 2025 Pankows Wasserratten länger auf dem Trockenen




Von [Hildburg Bruns](#)

Schon wieder verzögert sich in Pankow (Wolfshagener Straße) die Erweiterung des Sommerbades um eine Schwimmhalle. Neuer Termin für den Baustart: 2025.

Endlich das ganze Jahr über Schwimmen können. Darauf müssen Vereine, Schulkinder und sonstige Wasserratten im Nordosten der Stadt noch fünf Jahre warten. „Unter Berücksichtigung der Verfahrensschritte ist nach derzeitigen Annahmen ein Nutzungsbeginn für Mitte 2028 avisiert“, verkündete jetzt die Sport-Verwaltung auf Anfrage des CDU-Abgeordneten **Johannes Kraft** (46).

Grund für die Planungs-Verzögerung um ein weiteres halbes Jahr: Der Bezirk wird den Bebauungsplan erst Mitte 2024 festsetzen können. Denn es geht nicht nur um den Bau einer neuen Schwimmhalle, sondern auch noch um eine neue Schule und einen Spielplatz auf dem weitläufigen Areal. Im Gegenzug müssen dafür an anderer Stelle grüne Ausgleichsflächen geschaffen werden. Und solche Flächen sind in ganz Berlin knapp.

Wenn im kommenden Jahr Baurecht herrscht, wollen die Bäderbetriebe das 75-Millionen-Euro-Projekt ausschreiben.

Datum: 07.06.2023	Medium: Berliner Morgenpost
	Autor: n/a Thema: Dirk Stettner

Stettner: Wir brauchen weitere Großstandorte für Flüchtlinge

07.06.2023, 08:39 | Lesedauer: 2 Minuten



Dirk Stettner (CDU) spricht.

Foto: Wolfgang Kumm/dpa

Nach Berlin kommt weiterhin eine große Zahl an Flüchtlingen. Die Unterbringung gilt zunehmend als schwierig. Aus der CDU-Fraktion kommt die Forderung nach weiteren Großstandorten.

Berlin (dpa/bb). Bei der Unterbringung von Geflüchteten in der Stadt sind nach Einschätzung von Berlins CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** noch mehr Großstandorte nötig. Er sei auch sehr dafür, Menschen dezentral in kleineren modular errichteten Wohngebäuden zu beherbergen, sagte er der „Berliner Morgenpost“ (Mittwoch). „Aber wir müssen ehrlich sagen, was geht und was nicht.“

Der Bau von zusätzlichen Modularen Unterkünften für Flüchtlinge (MUFs), für die in den Bezirken erst noch Grundstücke gefunden werden müssen, löst das Problem

nach **Stettners** Ansicht nicht schnell genug. „Deswegen brauchen wir weitere Großstandorte“, so der CDU-Politiker. „Am ehesten auszuweiten sind die Unterbringungsmöglichkeiten auf dem Tempelhofer Feld.“

Angesichts der hohen Zahl von Flüchtlingen, die auch in den kommenden Monaten erwartet werden, ist aus **Stettners** Sicht schnelles Handeln gefragt. „Deswegen müssen wir Großstandorte wie Tempelhof identifizieren und vorbereiten“, sagte der CDU-Fraktionschef. Außerdem müsse die Nutzung des ehemaligen Flughafens Tegel für Geflüchtete über 2024 hinaus verlängert werden. „Das wird weiter gebraucht“, sagte Stettner.

Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) und Integrationssenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) hatten vergangene Woche bereits angekündigt, dass die Geflüchteten bis mindestens 2024 in Tegel bleiben würden. Wegner und Kiziltepe leiten gemeinsam die neue Taskforce zur Unterbringung und Integration von Geflüchteten in Berlin.

Die Zahl der Flüchtlinge hat schon 2022 stark zugenommen: Zum einen kamen mehr Asylbewerber, zum anderen Zehntausende Menschen aus der Ukraine, gegen die Russland seit Februar 2022 einen Angriffskrieg führt. Der Trend setzt sich weiter fort.

Laut dem Landesamt für Flüchtlinge kamen bis Ende April mehr als 10 000 Flüchtlinge nach Berlin: 3866 Asylbewerber und 6484 Menschen aus der Ukraine. Um eine Unterbringung der Neuankömmlinge sicherzustellen, werden in diesem Jahr nach Angaben der Sozial- und Integrationsverwaltung zusätzlich 10 000 bis 12 000 Plätze gebraucht.

Datum: 08.06.2023	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Hönicke Thema: Johannes Kraft



T+ Geplantes Kombibad in Berlin-Pankow Naturschutz verzögert Baustart erneut

Das Sommerbad soll bis 2028 zum Multifunktionsbad werden. Doch das komplexe 75-Millionen-Euro-Projekt stockt - Grund diesmal: die Suche nach Ersatzgrün.

Von Christian Hönicke
08.06.2023, 11:15 Uhr

Der Umbau des Sommerbads Pankow zum Multifunktionsbad muss erneut verschoben werden. Weil das Vorhaben so komplex ist, verzögert sich die Festsetzung des Bebauungsplans voraussichtlich um ein halbes Jahr. Das teilte die Senatssportverwaltung auf Anfrage des CDU-Abgeordneten **Johannes Kraft** mit. „Mit einem Beginn der Abriss- und Bauarbeiten wäre dann ab 2025 zu rechnen.“

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/geplantes-kombibad-in-berlin-pankow-naturschutz-verzoegert-baustart-erneut-9942522.html>

Datum: 08.06.2023	Medium: Tagesspiegel Pankow Newsletter
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Latz Thema: Manuela Anders-Granitzki, Johannes Kraft, Jörn Pasternack

Blockaden der „Letzten Generation“: Polizei-Statistik zeigt die beliebtesten Klebe-Orte. Die Aktivisten der „Letzten Generation“ haben bisher insgesamt 56-mal Straßen allein im Bezirk Pankow blockiert. Das teilte eine Sprecherin der Polizei Berlin am Donnerstag auf Tagesspiegel-Anfrage mit. Die Statistik umfasst den Zeitraum von Januar 2022 bis Ende Mai 2023.

Die am häufigsten betroffenen Straßen im Gesamtzeitraum konnte die Polizei dabei nicht nennen. Allerdings legte sie Daten für die vergangenen beiden Monate vor, in denen es besonders viele Blockaden gab. Demnach mussten die Beamten im April und Mai berlinweit 241-mal ausrücken – davon 41-mal in Pankow.

Die beliebtesten Klebe-Orte in Berlins bevölkerungsreichstem Bezirk befinden sich in Prenzlauer Berg entlang der Danziger Straße. Dort kam es zu insgesamt 35 Polizei-Einsätzen. Hier die Hitliste:

1. Kreuzung Danziger Straße/Prenzlauer Allee – 14 Blockaden
2. Danziger Straße/Eberswalder Straße/Pappelallee/ Kastanienallee/Schönhauser Allee – 11
3. Danziger Straße/Greifswalder Straße – 10
4. Prenzlauer Allee/Fröbelstraße/Raumerstraße – 2
5. S-Bahnhof Greifswalder Straße – 1
6. Storkower Straße/Greifswalder Straße/Grellstraße – 1
7. Kniprodestraße 103 – 1
8. Greifswalder Straße/Grellstraße/Storkower Straße – 1

Im vergangenen Jahr hatte die „Letzte Generation“ mehrfach die Zufahrt zur wichtigen Stadtautobahn A114 blockiert, um mehr Klimaschutz zu fordern. Die Aktivisten klebten sich in der Regel mit den Händen am Asphalt fest. Um die Blockade zu beenden, stemmte die Polizei meist kleine Löcher in die Straße.

Für die dabei entstandenen Straßenschäden will der Bezirk Pankow [wie berichtet die Aktivisten regresspflichtig machen](#). Pro Loch fallen nach Angaben des Bezirksamts knapp 3000 Euro Reparaturkosten an. Laut der zuständigen Stadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) schätzte der Bezirk die bisher aufgelaufenen Kosten zuletzt auf rund 15.000 Euro.

Allerdings unternahm der Bezirk **diese Schätzung ohne die Daten über alle Polizeieinsätze. Angesichts der nun vorliegenden neuesten Einsatzzahlen könnten die tatsächlichen Schäden deutlich höher liegen und sogar sechsstellige Summen erreichen.**

Kombibad Pankow: Baustart verzögert sich erneut - aus Naturschutzgründen.

Der Umbau des Sommerbads Pankow zum Multifunktionsbad muss erneut verschoben werden. Weil das Vorhaben so komplex ist, verzögert sich die Festsetzung des Bebauungsplans voraussichtlich um ein halbes Jahr. Das teilte die Senatssportverwaltung auf Anfrage des CDU-Abgeordneten **Johannes Kraft** mit. „Mit einem Beginn der Abriss- und Bauarbeiten wäre dann ab 2025 zu rechnen.“ Die Fertigstellung und Inbetriebnahme des Kombibads sind allerdings wie zuletzt angegeben weiterhin für Mitte 2028 vorgesehen.

Der Um- und Ausbau des Sommerbads am Schlosspark Schönhausen [soll wie berichtet 75 Millionen Euro kosten](#). Ursprünglich waren dafür 29 Millionen Euro, später dann 42 Millionen und zuletzt 67 Millionen Euro geplant.

Auf dem Gelände an der Wolfshagener Straße sollen auch noch ein Spielplatz sowie eine vierzügige Grundschule samt Sporthalle errichtet werden – für letztere gibt es allerdings noch keine gesicherte Finanzierung.

Im Multifunktionsbad sind laut Senatsverwaltung separate Schwimmbecken für die allgemeine Öffentlichkeit sowie für den Schwimmbetrieb von Schulen und Vereinen vorgesehen. Zudem ist die Errichtung einer Saunalandschaft geplant.

Die Festsetzung des Bebauungsplans wird nach den Worten der Senatsverwaltung „für voraussichtlich Mitte 2024 anvisiert. Dies resultiert aus der sehr komplexen Bewältigung der Kompensationsmaßnahmen des gesamten Vorhabens, die nach intensiven Untersuchungen der Umweltprüfung aus der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung hervorgehen.“

Wie bei anderen Vorhaben auch, hat der Bezirk Schwierigkeiten, Ersatz für die beim Bau zerstörten Grünflächen zu schaffen. Das ist gesetzlich vorgeschrieben. Konkret muss für das Kombibad derart viel Natur weichen, dass „lediglich etwa ein Drittel des (...) verursachten Eingriffs im Plangebiet selbst ausgeglichen werden“ kann.

Für die restlichen zwei Drittel müssten erst andernorts Flächen „ausfindig gemacht, verifiziert und umfangreich vertraglich gesichert werden“, so die Senatsverwaltung. Das sei

„aufgrund des vorherrschenden berlinweiten Mangels an externen Ausgleichsflächen“ sehr schwierig. „Nach aktuellem Planungsstand ist das Kompensationsmanagement jedoch größtenteils realisierbar.“ Das Planverfahren solle nun „ohne weitere Verzögerungen vorangehen“.

60 zusätzliche Plätze: Schul-Neubau in der Galenusstraße eröffnet. Pankow hat eine neue, alte Schule – die Panke-Schule. Das alte Gebäude in der Galenusstraße wurde abgerissen und durch einen Neubau mit höherer Kapazität ersetzt, der am Donnerstag feierlich eröffnet wurde. Künftig können hier 152 statt bislang 96 Kinder unterrichtet werden.

Die Schule hat den sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“. „Die große Schulplatznot in Pankow betrifft alle Schulformen“, erklärte Bezirksschulstadtrat **Jörn Pasternack** (CDU). „Insbesondere der Bedarf an sonderpädagogischen Schulplätzen steigt seit Jahren überproportional an.“ Aus diesem Grund seien die 60 zusätzlichen Plätze des Neubaus „enorm wichtig“.

Das dreigeschossige Gebäude mit Holzfassade bietet unter anderem einen Therapiebereich inklusive Schwimmbecken und einen geschützten Hof. Zudem wird bis 2024 eine Dreifeld-Sporthalle errichtet, die auch von der Schule an der Strauchwiese genutzt werden soll. Die Gesamtkosten für den Abriss und Neubau der Schule und den Bau der Sporthalle betragen laut Bezirksamt voraussichtlich rund 47 Millionen Euro

Neuer Sportplatz auf altem Friedhof? Bezirksamt lehnt BVV-Plan für Schönholzer Heide ab. Auf dem ehemaligen Friedhof in der Schönholzer Heide wird kein neuer Fußballplatz entstehen. Das hat Pankows Umwelt- und Naturschutzamt auf Tagesspiegel-Nachfrage klargestellt. Aus seiner Sicht „wird eine Umwandlung einer öffentlichen Grünanlage in eine Vereinssportanlage und die Inanspruchnahme geschützter Landschaftsbestandteile im Bereich des ehemaligen Friedhofs (...) abgelehnt“.

Der betroffene Friedhof Pankow VI in der Hermann-Hesse-Straße wurde nach 1945 als Begräbnisstätte für Berliner Kriegsoffer angelegt. Doch er war schon seit Jahrzehnten

geschlossen und überwuchert. Seit 2018 ist er auch offiziell entwidmet und [wurde 2020 als „naturnahe Erholungsfläche“ in die Schönholzer Heide integriert.](#)

Doch die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wollte dort künftig lieber bolzen statt picknicken lassen. Auf **CDU-Initiative** forderte sie das Bezirksamt per Beschluss auf, [einen neuen Vereinssportplatz auf dem ehemaligen Friedhof zu schaffen.](#) Der benachbarte Paul-Zobel-Sportplatz sei durch die Vereine VfB/Einheit zu Pankow und Borussia Pankow „völlig ausgelastet“. Zur Aufnahme von Kindern und Jugendlichen würden „dringend ungedeckte Sportflächen für das Training benötigt“ – dafür sei die Fläche des ehemaligen Friedhofs „hervorragend“ geeignet. Weil im erweiterten Umkreis keine Alternativen zur Verfügung stünden, solle man Teile der Schönholzer Heide in Sportflächen umwandeln.

Doch das Bezirksamt lehnt diesen Plan nun ab. Die Fläche befinde sich nicht nur in einer Grünanlage, sondern auch innerhalb des Landschaftsschutzgebietes „Ehemaliger Mauerstreifen, Schönholzer Heide und Bürgerpark“, stellt es klar. Und gemäß der Schutzgebietsverordnung „ist es verboten, Anlagen aller Art zu errichten“. Ausgenommen davon wären nur Kinderspielplätze.

Die umstrittene Fläche sei vor zwei Jahren aufwendig renaturiert worden und nun Teil einer Liegewiese, so die Behörde. „Für einen neuen Sportplatz müssten Flächen versiegelt, Bäume gefällt und die Erholungsnutzungen eingeschränkt werden“. Das wären „mehrere Verstöße“ gegen die Schutzgebietsverordnung. Klingt nach einer unstrittigen Entscheidung.

Rund 600.000 Euro Schulden: Kleingartenverband will per Insolvenz tausende Parzellen retten. Der Bezirksverband der Gartenfreunde Pankow hat am Montag offiziell Insolvenz angemeldet. Das bestätigte **Gert Schoppa**, der Präsident des Gartenfreunde-Landesverbandes Berlin. Der Bezirksverband habe den Antrag am Montagnachmittag über seinen Rechtsbeistand beim Amtsgericht Charlottenburg eingereicht.

Der Bezirksverband ist nach einer Affäre [um mutmaßlich veruntreute Gelder im sechsstelligen Bereich](#) laut Schoppa inzwischen zahlungsunfähig: „Der Vorstand des Bezirksverbands Pankow bestätigt, dass die verbliebenen finanziellen Mittel nicht ausreichen, um die aufgelaufenen Schulden zu begleichen.“

Zuletzt war deswegen die umstrittene Idee eronnen worden, tausende Pankower Kleingärtner die Pacht für 2023 ein zweites Mal zahlen zu lassen.

Mit der geregelten Insolvenz sollen die Laubenpieper nun auf anderem Weg vor dem Verlust ihrer Parzellen bewahrt werden. „Mit Anmeldung der Insolvenz ist das Kündigungsrecht der Landeigentümer wegen rückständiger Pachten außer Kraft gesetzt“, erklärte Schoppa. Das Insolvenzverfahren sei „auch ein Schutzschirm, sodass nicht einseitig das Verbandsvermögen gepfändet werden kann“.

Mit der Insolvenz solle zudem das Weiterbestehen des Bezirksverbands gesichert werden, so Schoppa weiter. „Das ist das Ziel, um die bestehenden Zwischenpachtverträge möglichst zu erhalten. Das wäre bei Gründung eines neuen Verbandes nicht ohne Weiteres der Fall.“

Der überwiegende Teil der mehr als 5400 Kleingärten des Verbands befindet sich auf landeseigenen Flächen. Das Bezirksamt als Verpächter hat bereits angekündigt, alle Parzellen trotz ausstehender Zahlungen erhalten zu wollen. Das bestätigt Schoppa: „Mit dem Bezirksamt haben wir völliges Einvernehmen, dass die Parzellen auf landeseigenen Flächen bestehen bleiben.“ Allein die Forderungen des Bezirks belaufen sich aktuell auf 60.000 Euro.

Akut gefährdet sind allerdings mehr als 2000 Gärten auf privatem Gelände. Die Flächeneigentümer wären nicht an die Verträge gebunden, sollte ein neuer Verband an die Stelle des bisherigen Bezirksverbands treten. „Dann schweben diese Zwischenpachtverträge im Nirwana“, sagte Schoppa. Auch Pankows zuständige Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) sieht in diesem Fall den Kleingartenstatus der Areale als gefährdet, die teils als Bauland begehrt sind.

Das Amtsgericht muss nun über die Annahme des Insolvenzantrags entscheiden. Im Rahmen des Verfahrens müsste anschließend ein Sanierungskonzept erstellt werden, wie die Schulden abgetragen werden können. Schoppa: „Die uns vorliegenden Informationen besagen, dass Verbindlichkeiten in Höhe von rund 600.000 Euro gegenwärtig verbliebene Finanzmittel in Höhe von 200.000 Euro gegenüberstehen.“

Er könne bestätigen, dass unrechtmäßig Geld von den Konten des Bezirksverbands verschwunden seien, so der Präsident weiter. „Ich habe es nicht schwarz auf weiß gesehen. Uns ist aber von den verbliebenen Mitgliedern des Vorstands berichtet worden, dass völlig überhöhte Geldzahlungen an die ehemalige Vorsitzende und ihren Mann geflossen sein sollen.“

Gemeint ist Viola Kleinau, die inzwischen wie der Großteil des alten Bezirksverbands-Vorstands zurückgetreten ist. Inzwischen ermittelt in dem Fall auch die Staatsanwaltschaft. Der Bezirk Pankow hat bereits vor einem Jahr ein gerichtliches Mahnverfahren gestartet und inzwischen auch Strafanzeige mit dem Verdacht auf Veruntreuung gegen den Vorstand um die ehemalige Vorsitzende erstattet.

Schoppa erklärte, er habe seither nichts mehr von Kleinau gehört: „Ich weiß auch nicht, wo sie sich aufhält“. Der Landesverband wolle sich jedoch „sehr stark dafür einsetzen, dass Schadenersatzforderungen gegenüber den Verursachern der Situation geltend gemacht werden“.

Das Fehlverhalten „einiger weniger“ habe dem Verband großen Schaden zugefügt. „Er muss nun alles unternehmen, um wieder ein Vertrauensverhältnis herzustellen, zu seinen Vertragspartnern und vor allem seinen Mitgliedern“, forderte Schoppa. Aktuell wird der Bezirksverband von einem Notvorstand von drei Mitgliedern geführt. Nach dem Bezirksamt kritisiert nun auch Schoppa, dass dieser „nur sehr eingeschränkt“ nach außen kommuniziere. Auch auf Tagesspiegel-Anfragen reagierte der Vorstand nicht.

Schoppa fordert daher schnellstmöglich einen neuen Vorstand. Besonders wichtig sei dabei neben einem Sanierungskonzept die Transparenz und die Aufarbeitung der Affäre. Am 15. Juni wolle er gemeinsam mit dem verbliebenen Vorstand beraten, „wie wir die Handlungsfähigkeit des Bezirksverbands wiederherstellen können“.

Datum: 08.06.2023	Medium: Berliner Woche Online
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Johannes kraft, Manuela Anders-Granitzki

ZEBRASTREIFEN KOMMT

Kreuzung Bucher Chaussee wird sicherer




Johannes Kraft setzt sich seit Jahren dafür ein, dass an der Kreuzung Bucher Chaussee ein Fußgängerüberweg angelegt wird. • Foto: CDU Pankow/Tobias Koch • hochgeladen von Bernd Wähler

An der Kreuzung der Bucher Chaussee mit Alt-Karow, Hofzeichendamm und Schönerlinder Weg wird noch im Juni ein Zebrastreifen angelegt.

Dass dieser Zebrastreifen nun endlich gebaut wird, ist dem langjährigen Engagement von **Johannes Kraft** (CDU) zu verdanken. Der heutige Abgeordnete setzte sich bereits als Verordneter in der Pankower BVV vor einigen Jahren gemeinsam mit Anwohnern für diesen Fußgängerüberweg ein.

In diesem Kreuzungsbereich auf der Bucher Chaussee gibt es ein besonders hohes Verkehrsaufkommen. Es findet sich schwer eine Lücke zwischen den Autokolonnen, um über die Straße zu kommen. Zugleich befinden sich aber in unmittelbarer Nähe mehrere Kitas, ein Ärztehaus mit Apotheke sowie Einkaufsmöglichkeiten, sodass in dem Bereich viele Fußgänger und Radfahrer die Straße queren müssen.

„Seit Jahren kämpfe ich gemeinsam mit den Karower Bürgern dafür, dass dort endlich eine sichere Quermöglichkeit geschaffen wird. Bereits 2014 hat die BVV einen von mir eingebrachten Antrag beschlossen. Der damalige Senat wollte aber partout keinen Handlungsbedarf erkennen“, berichtet **Johannes Kraft**. „Durch das Engagement von Stadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) ist nun endlich Bewegung in die Sache gekommen“, so Kraft. „Ich bin froh, dass man hier nun schon bald gefahrloser die Straße überqueren kann.“

Datum: 08.06.2023	Medium: rbb
	Autor: Dorit Knieling und Angela Ulrich Thema: Johannes Kraft

Neuer Senat ändert Mobilitätsgesetz Schwarz-Rot winkt den Wirtschaftsverkehr durch



Audio: rbb24 Inforadio | 08.06.2023 | Angela Ulrich | Bild: dpa/Wolfram Steinberg

Schwarz-Rot will das Mobilitätsgesetz ergänzen. Allerdings soll es dann anders aussehen, als die rot-grün-rote Vorgängerregierung sich das gedacht hatte. Eine Vorgabe soll gestrichen werden, die für Ärger bei Handwerkern gesorgt hatte.

Wenn Michael Plagwitz losfährt zu seinen Kunden, dann hat der Handwerker ein kleines Warenlager hinten in seinem blauen Mercedes Sprinter mit dabei. Viel Gerät, und schwer dazu: "Ich habe ein Abgasmessgerät mit sechs Kilo, einen Werkzeugkoffer mit 25 Kilo, einen Wasseranalyse-Koffer mit einem Kilo, einen Schlauch, Lappen, Ersatzmaterialien nochmal mit drei bis vier Kilo – das heißt, ein Gesamt-Equipment von 30 bis 35 Kilo, die erstmal zur Wartung hingebacht werden müssen."



Zu schwer für Bus und Bahn und teilweise nicht gestattet: Für Michael Plagwitz von der Firma Mercedöl Reinickendorf ist die Bahn keine Alternative für den Transport seiner Ausstattung. | Bild: Angela Ulrich

Lange Suche nach dem Parkplatz in der Nähe des Kunden

Plagwitz ist stellvertretender Kundendienstleiter der Heizungs- und Sanitärfirma Mercedöl in Berlin-Reinickendorf. Er ist auf dem Weg zu einem Mehrfamilienhaus. Dort will er die Heizungsanlage warten. Doch er ist schon zu spät dran, ist mehrfach durch die Seitenstraßen gekurvt, findet keinen Parkplatz für den kleinen Lieferwagen: "Ich kann ja nicht anhalten beim Kunden, in der zweiten Spur parken, ausladen, den Wagen dann woanders parken, zurücklaufen, und dann hoffentlich mein Werkzeug dort noch vorfinden."

Ein Handicap fürs Geschäft - kaum Handwerkerparkplätze

Mit dem Auto findet Plagwitz häufig keinen Parkplatz, nah an seinem Einsatzort. Aber Bus oder Bahn zu nutzen, wie es die rot-grün-rote Vorgänger-Koalition im Sinn hatte, wäre keine Alternative für den Heizungstechniker. Im Kapitel "Wirtschaftsverkehr" des Mobilitätsgesetzes hatte Rot-Grün-Rot notiert: "Der Personenwirtschaftsverkehr nutzt nach Möglichkeit primär die Verkehrsmittel des Umweltverbundes." Michael Plagwitz muss da schmunzeln: "Zum Teil darf ich meine Materialien gar nicht im Öffentlichen Nahverkehr transportieren, da es sich um Druckluft-Flaschen handelt, wie zum Beispiel Stickstoff, dort ist 200 bar Druck drauf, oder um Reinigungsmittel, die etwas feuergefährlich sind..." - und damit nicht transportabel im Bus oder in U- und S-Bahnen.

Die Parkplätze in Berlin noch mehr zu verknappen - das bezeichnet Plagwitz als "Horrorszenario", weil Handwerker damit gar nicht mehr wüssten, wo sie mit ihren Fahrzeugen hin sollten, um die Bedürfnisse der Kunden dann auch zeitnah zu bedienen.



Verkehrssenatorin **Manja Schreiner** (CDU) hat als eine ihrer ersten Amtshandlungen das umstrittene Kapitel zum Wirtschaftsverkehr und zu "Neuer Mobilität" im Mobilitätsgesetz gestoppt. Das Gesetz sei "schwer lesbar" gewesen, sagt Schreiner. Das Kapitel soll jetzt überarbeitet werden – und möglichst bald eine im Senat abgestimmte Neufassung vorliegen, hofft Tino Schopf, Verkehrspolitiker der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus: "Das muss noch vor der Sommerpause kommen."



Johannes Kraft (CDU) | Bild: Angela Ulrich

Keine Autofahrer-Lobby, sondern etwas für Betriebe erreichen

Ein Kernpunkt der neuen Fassung: Die Vorgabe, Handwerker und Pflegedienste sollten vor allem Busse und Bahnen nutzen, um zu ihren Kunden zu gelangen, wird gestrichen. Und es soll weitere Vorteile für den Wirtschaftsverkehr geben, unter anderem mehr Ladezonen, sagt **Johannes Kraft**, der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion: "Wir müssen genau schauen, in welchen Abständen und an welchen Orten es diese Liefer- und Ladezonen braucht. Und das muss so sein, dass es vernünftig und praktikabel ist für die Lieferanten und die Handwerker."

Doch reichen zusätzliche Ladezonen für die Bedürfnisse von Handwerkern und Pflegekräften? Der Hauptgeschäftsführer der Berliner Handwerkskammer, Jürgen Wittke, will mehr: Privatparkplätze sollen eingeschränkt werden, der Lieferverkehr hingegen mehr Platz bekommen: "Das wird nur so gehen, dass Privatmenschen, die mit dem Auto fahren wollen, ein Stück weit überlegen, ob das für sie wirklich wichtig ist", sagt Wittke. Damit die Leute, die Autofahren müssten, wie Handwerker, es weiter tun könnten – und ausreichend Abstellmöglichkeiten für sie da wären: "Wir sind ja keine Autofahrer-Lobby, sondern wollen etwas für die Betriebe erreichen." Teilweise würden Handwerker Aufträge abrechnen oder gar nicht annehmen, weil sie keinen Parkplatz in Kundennähe finden und es sich für sie nicht rechnet, zu lange danach zu suchen, erzählt der Handwerkskammer-Geschäftsführer.

Grüne: „Schreiner verteidigt in Gutsherrenart private Parkplätze“.

Während die AfD-Fraktion die neue Verkehrssenatorin dafür lobt, "autofeindliche Aspekte aus dem Mobilitätsgesetz herauszunehmen", sparen die Grünen im Abgeordnetenhaus nicht mit Kritik. Zwar stand auch in ihrem Mobilitätsgesetz-Kapitel zum Wirtschaftsverkehr, dass die Errichtung von Ladezonen für den Lieferverkehr "Vorrang erhält vor der Einrichtung sonstiger Parkplätze".

Außerdem solle vor allem mit emissionsarmen Fahrzeugen ausgeliefert werden, und zwar möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten am Morgen und am Nachmittag. Dies sei alles gut abgestimmt gewesen, mit allen Beteiligten, sagt Grünen-Verkehrspolitikerin Antje Kapek, und wirft der neuen Verkehrssenatorin vor, ein "wohlabgewogenes Gesetz, das für ein Miteinander steht", ohne Not zu verzögern. "Frau Schreiner fängt am falschen Ende an, um dann in Gutsherrenart vor allem die privaten Parkplätze zu verteidigen. Das wird nicht zum Besten Berlins sein, und ich glaube, sie hat sich da ordentlich verzettelt."

Verzettelt oder nicht: Auch die Verkehrspolitiker von CDU und SPD drängen, damit das veränderte Mobilitätsgesetz noch vor der Sommerpause zur Lesung ins Abgeordnetenhaus geht. Das ebenfalls noch fehlende Kapitel "Neue Mobilität" hat die Verkehrssenatorin schon auf den Herbst vertagt, beim Lieferverkehr will sie allerdings Tempo machen. Doch noch ist offen, ob das klappt – wir arbeiten weiter dran, heißt es aus der Senatsumweltverwaltung. Beim Heizungsbauer Mercedöl in Reinickendorf warten sie drauf. Denn Lastenräder für ihre Monteure anzuschaffen hätten sie zwar durchaus überlegt, sagt Kundendienstleiter Mark Frankenstein. Aber bei den oft langen Fahrwegen durch die Stadt und dem umfangreichen Material, das mit muss, sei das eben doch keine Alternative für die Firma.

Sendung: rbb24 Abendschau, 08.06.2023, 19:30 Uhr

Beitrag von Dorit Knieling und Angela Ulrich

Datum: 10.06.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

Verschönern mit Fördermitteln

PANKOW: Baum, Bank & Co. – im Bezirk wird eine Reihe von Vorhaben 2023 umgesetzt

von Bernd Wähler

Dem Bezirk stehen in diesem Jahr insgesamt 1,66 Millionen Euro aus dem Senatsförderprogramm Stadtverschönerung und Klimaanpassung zur Verfügung. Welche Projekte werden umgesetzt? Wo wird Pankow schöner?

Das wollte Jan Drewitz (Bündnis 90/Die Grünen) vom Bezirksamt wissen. Eine halbe Million Euro kann in die Pflanzung neuer Straßenbäume investiert werden, berichtet die für Ordnung und öffentlichen Raum zuständige Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU). 113 Jungbäume sind in 15 Straßen in diesem Frühjahr

bereits gepflanzt worden, weitere sollen folgen. Damit bereits Vorlauf besteht, wenn es um die Frage geht, wo neue Bäume gepflanzt werden sollen, werden außerdem 70 000 Euro in die Baumleitplanung des Bezirks investiert.

Weitere 250 000 Euro stehen aus dem Senatsförderprogramm außerdem für neue Parkbänke in Grünanlagen und im öffentlichen Straßenland zur Verfügung. Wo neue Bänke aufgestellt werden sollten, konnten die Pankower im April in einem öffentlichen Beteiligungsverfahren vorschlagen. Die Vorschläge werden nun auf ihre Umsetzbarkeit hin geprüft. Aus dem Senatsför-

derprogramm investiert der Bezirk außerdem 100 000 Euro in die seit vielen Jahren von Anwohnern gewünschte Aufwertung des Schmiedebankplatzes in Karow. 150 000 Euro werden in so genannte Tiergartengitter investiert, mit denen das Bezirksamt ein Befahren des Landschaftsschutzgebietes Bürgerpark und des Außenbereichs an der Rosenthaler Kirche unterbinden möchte.

200 000 Euro werden in die Erneuerung des Spielplatzes Gatterweg investiert. Für neue Mülleimer in Grünanlagen werden 35 000 Euro ausgegeben, für eine neue Zaunanlage um den Spielplatz Ernst-Thälmann-Park 30 000 Euro und

ebenfalls 30 000 Euro für Entsiegelungsarbeiten auf dem Friedhof Roelckestraße. Schließlich werden noch 20 000 Euro für die Anschaffung von Pollern ausgegeben. Damit sind vom Senat bisher Fördermittel in Höhe von 1,385 Millionen Euro bestätigt worden. Da aber auch einige Projektvorschläge des Bezirksamtes nicht bestätigt worden sind, reichte es drei nach, deren Bestätigung noch aussteht. Unter anderem sind noch der Bau einer neuen Holzplattform am Goldfischteich in Weißensee, Entsiegelungen auf dem Friedhof an der Gaillardstraße in Pankow sowie 125 000 Euro für weitere Baumpflanzungen beantragt worden.

Datum: 10.06.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

Piktogramme auf Pink

WEISSENSEE: Hinweise zum Verhalten im Park am Weißen See

von Bernd Wähler

Mit den ersten warmen Tagen gab es einen Vorgesmack von dem, was wohl auch im Sommer am Weißen See zu erwarten ist. Das Bezirksamt weist jetzt mit pinkfarbenen Schildern auf die Parkregeln hin.

Hunderte Menschen liegen oder sitzen auf den Grünflächen. Die ersten Abgehärteten gehen in Wasser, außerhalb des Strandbads. Verpackungsmüll, Flaschen und Kippen werden liegengelassen. Hunden rennen durch die Menschenmas-

sen. Und an einigen Stellen wird gegrillt. Zwar ist das meiste davon laut Berliner Grünanlagengesetz verboten, doch daran hält sich kaum jemand. Im vergangenen Jahr sind erstmals Schilder angebracht worden. Auf diesen wurde mittels Piktogrammen darauf hingewiesen, was nicht erlaubt ist. Allerdings sind viele Schilder abgerissen oder beschmiert worden.

Weil es sich um eine Grünanlage handelt, war für die bisherigen Schilder ein Grünton gewählt worden. Doch Grün eignet sich nicht, weil sich die

Schilder vom Grün der Wiesen, Sträucher und Bäume kaum abheben. Deshalb entschied die Stadträtin für öffentlichen Ordnung, Manuela Anders-Granitzki (CDU), dass Pink verwendet wird. Auch bei den Piktogrammen gab es Änderungen. So ist das Symbol für das Shisha-Rauch-Verbot nicht mehr auf dem Plakat. Es gab einen Hinweis, dass das als „diskriminierend“ empfunden werden könnte. Verboten bleibt das Shisha-Rauchen dennoch, weil es zu Bränden kommen könnte. Als zwölftes Piktogramm neu hinzugekommen ist stattdessen ein Symbol, das darauf



Mit pinkfarbenen Schildern wird darauf hingewiesen, was hier zu unterlassen ist. Foto: Bernd Wähler


hinweist, dass das E-Scooter-Fahren nicht erwünscht ist. Die Verbote werden sicher wieder von vielen ignoriert. Deshalb wird es auch in diesem Jahr immer wieder Kontrollen von Polizei und Ordnungsamt geben.

Datum: 10.06.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Lars Bocian, Johannes Kraft

CDU-Abgeordnete laden ein

FRANZÖSISCH BUCHHOLZ.

Eine Sprechstunde veranstalten die Abgeordnetenhausmitglieder Johannes Kraft und Lars Bocian (beide CDU) am 13. Juni ab 19 Uhr im Bürgerbüro, Berliner Straße 5. Willkommen sind vor allem Bürger aus Buch, Französisch Buchholz und Karow, die sich mit Fragen, Ideen, und Anliegen an ihre direkt gewählten Abgeordnetenhausmitglieder wenden möchten. Um Anmeldung an post@johannes-kraft.de wird gebeten. **BW**

Datum: 11.06.2023	Medium: rbb24 Inforadio
	Autor: Thema: Johannes Kraft

Die Sonntagsfahrer

Das Mobilitätsgesetz des neuen Berliner Senats

So 11.06.23 | 12:10 Uhr



Verkehrsstau auf der Leipziger Straße in Berlin-Mitte | © imago/photothek
[Download \(mp3, 6 MB\)](#)

Als einer ihrer ersten Amtshandlungen hat Berlins neue Verkehrssenatorin Manja Schreiner von der CDU das vom Vorgänger-Senat geplante Berliner Mobilitätsgesetz gestoppt und einige Änderungen eingebracht. Vorteile soll es unter anderem für den Wirtschaftsverkehr geben. Darüber soll noch im Juni abgestimmt werden. Die „Neue Mobilität“ wird erstmal hinten angestellt, das Thema hat CDU-Verkehrssenatorin Schreiner auf den Herbst vertagt. Es wird also viel gesprochen über die Mobilität in Berlin, das Wort „Fahrrad“ fällt dabei aber gefühlt nicht so häufig, es geht eher um das Auto.

Organisationen wie der ADFC und Changing Cities berichten nun, dass der neue schwarz-rote Senat das Mobilitätsgesetz aushöhlen und eine Abkehr von der Mobilitätswende vollziehen könnte. Über das Mobilitätsgesetz und wie es den Radverkehr in Berlin stärken kann, sprechen wir mit dem Verkehrspolitischen Sprecher der Berliner CDU, **Johannes Kraft**.

Datum: 11.06.2023	Medium: Tagesspiegel Online
TAGESSPIEGEL	Autor: Jörn Hasselmann Thema: Johannes Kraft



T+ Viel Verkehr, wenig Wände Berlin verfehlt selbstgesteckte Ziele zur Lärminderung an der Stadtautobahn

Vor acht Jahren kündigte der Senat „aktive Lärmschutzmaßnahmen“ für Berlins Autobahnen an. Passiert ist seither wenig, ein „Musterabschnitt“ wurde nicht einmal begonnen.

Von Jörn Hasselmann
11.06.2023, 08:02 Uhr

Is 1958 der erste Abschnitt der Stadtautobahn eröffnet wurde, war Lärmschutz kein Thema. Die Autobahn verlief teilweise direkt neben Wohnhäusern. 65 Jahre später gibt es kaum Erfolge, die Autobahnen leiser zu machen

„ohne jegliche Lärmschutzmaßnahme“, wie die Pankower CDU kritisiert. „Weder wurde in den entsprechenden Abschnitten der versprochene Flüsterasphalt verwendet, noch gilt eine Tempobegrenzung von 80 km/h“, kritisiert der CDU-Abgeordnete **Johannes Kraft**.

„sehr viel lauter als früher“, sagt **Kraft**


Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten,

schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/viel-verkehr-wenig-waende-berlin-verfehlt-selbstgesteckte-ziele-zur-larmminderung-an-der-stadtautobahn-9954558.html>

Ihre CDU in Pankow

Datum: 13.06.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner  Morgenpost	Autor: Marc R. Hofmann Thema: Lars Bocian

Pankow

INSOLVENZ

Kleingärtner aus Pankow: Neuanfang nur mit neuen Köpfen? **M+**



Aktualisiert: 13.06.2023, 06:02 | Lesedauer: 5 Minuten

Marc R. Hofmann



Die drei noch verbliebenen Mitglieder des Vorstands amtierten bereits gemeinsam mit der im Untreue-Skandal zurückgetretenen Vorsitzenden.


Foto: Arnulf Stoffel / FUNKE Foto Services

Bezirksverband der Gartenfreunde aus Berlin-Pankow ringt weiter um seine Existenz. Mit diesen Mitteln könnte ein Neustart gelingen.

Der Untreue-Skandal des Bezirksverbands sorgt unterdessen auch in der Politik für Kopfschütteln. **Lars Bocian** (CDU), der den Wahlkreis Pankow 2 im Abgeordnetenhaus vertritt, glaubte erst nur an zu spät überwiesene Pachten. „Erst als die Meldung kam, dass das Geld weg ist, hat es bei mir Klack gemacht“, sagt der Politiker.

Lieber Leser,
ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article238674275/Kleingaertner-aus-Pankow-Neuanfang-nur-mit-neuen-Koepfen.html>

Datum: 13.06.2023	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: Peter Neumann Thema: Dr. Manja Schreiner

Neue Verkehrssenatorin: „Der Straßenring um die Innenstadt muss geschlossen werden“

Manja Schreiner (CDU) erklärt, wie die neue Berliner Mobilitätspolitik aussieht. Sie will mehr U-Bahnen, leistungsfähige Magistralen - und Radwegprojekte überprüfen.


och wirkt Manja Schreiners Dienstzimmer ziemlich leer. Doch Berlins neue Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt weiß schon, was sie an die Wände hängt. Abstrakte Bilder ihres Ehemannes werden den Raum im dritten Stock, von dem der Blick in den Kölnischen Park schweift, farbig machen. Die CDU-Politikerin, die das Amt Ende April von der Grünen-Politikerin [Bettina Jarasch](#) übernahm, will auch draußen, in der Stadt, Akzente setzen. Zunächst bedeutet dies, dass Projekte, die unter ihren Vorgängerinnen starteten und die den Autoverkehr betreffen könnten, überprüft werden. Im Interview mit der Berliner Zeitung erklärt die 45-jährige promovierte Juristin, was sich ändert. Ab sofort soll nicht mehr gegen das Auto polarisiert werden. Im Gespräch geht es auch um Radwege, Schiffslinien und neue U-Bahn-Strecken.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/neue-verkehrssenatorin-manja-schreiner-ich-werde-radwegprojekte-infrage-stellen-li.357425>

Ihre CDU in Pankow

Datum: 14.06.2023	Medium: rbb 24
	Autor: Tobias Schmutzler Thema: Johannes Kraft, Dr. Manja Schreiner

Neue Ausschreibung geplant

Berliner Senat will gegen E-Scooter-Chaos vorgehen

Mi 14.06.23 | 18:46 Uhr | Von Tobias Schmutzler



Bild: dpa | Paul Zinken

E-Scooter, E-Bikes und Co. stehen nach wie vor häufig kreuz und quer auf Gehwegen. CDU und SPD planen eine neue Ausschreibung, die feste Stellflächen in der Innenstadt vorschreiben könnte. Die Opposition fordert strengere Zulassungsregeln für Fahrer. Von Tobias Schmutzler

- *Schwarz-rote Koalition plant neue Ausschreibung*
- *E-Scooter Verbot rechtlich nicht möglich*
- *Grüne wollen strengere Registrierung von Fahrern - AfD schlägt Mofa-Führerscheinpflicht vor*

Zack, schon ist der Roller umgefallen. Manuela Myszka kann sich noch so vorsichtig auf dem Gehweg vorantasten – an vielen E-Scootern kommt sie einfach nicht vorbei, ohne dass sie oder das Gerät aus dem Gleichgewicht geraten. Diesmal ist glücklicherweise der Tretroller umgefallen, nicht sie. Die 64-Jährige hat einen angeborenen Grauen Star, die Welt sieht sie verschwommen. Mit ihrem weißen Stock tastet Myszka beim Gehen gründlich den Boden vor ihren Füßen ab. Trotzdem läuft sie oft ungewollt in einen der wild abgestellten Roller.

"Das ist mittlerweile mein ständiger Angstbegleiter", sagt Manuela Myszka. "Ich regele das so, dass es für mich Tage gibt, an denen ich gar nicht mehr aus dem Haus gehe." Die Tage, an denen sie raus muss, weil sie zum Beispiel eine Verabredung hat oder einkaufen gehen will, nennt sie inzwischen "Risikotage". Nicht-Sehbehinderte könnten sich kaum vorstellen, wie groß die Alltagseinschränkung durch E-Roller für Menschen wie sie ist, sagt Myszka, die auch im Allgemeinen Blinden- und Sehbehinderten-Verband (ABSV) aktiv ist.

Verbot wie in Paris ist in Berlin nicht möglich

Genau Zahlen gibt es nicht, aber der ABSV geht von mehreren Zehntausend blinden und sehbehinderten Menschen in Berlin aus. Für sie und andere, deren Mobilität eingeschränkt ist, etwa Seniorinnen und Senioren mit Rollatoren, sind schlecht geparkte E-Roller ein großes Problem. Fast 48.000 sogenannte Elektrokleinstfahrzeuge waren in Berlin im Mai 2023 zugelassen, 40.000 davon sind E-Scooter. Der Wildwuchs besteht seit Juli 2019, als die Sharing-Fahrzeuge auf Bundesebene durch den damaligen Verkehrsminister Scheuer (CSU) weitgehend unabgestimmt zugelassen wurden.

Seitdem versuchen viele Städte, die Lage durch Regulierung wieder in den Griff zu bekommen. Ein generelles Verbot von E-Scootern und Co. in einer Stadt ist dabei rechtlich nicht möglich, weil die bundesweite Verordnung gilt. Anfang April hatte eine Volksabstimmung in Paris weltweit für Aufsehen gesorgt, bei der – bei geringer Wahlbeteiligung – eine Mehrheit von 89 Prozent für ein Verbot stimmte, das nun ab September in der französischen Hauptstadt gelten wird.

CDU will weniger Anbieter und weniger Fahrzeuge

In Berlin setzt die schwarz-rote Koalition auf ein anderes Instrument, um das "verkehrswidrige und gefährliche Abstellen" zu beenden, wie es im Koalitionsvertrag heißt. CDU und SPD planen "eine stadtweite Ausschreibung und Konzessionierungen", also neue Zulassungen für die anbietenden Unternehmen. Details und Zeitplan der neuen Ausschreibung seien aber noch unklar, teilt eine Sprecherin der Senatsverwaltung für Mobilität dem rbb mit. Während sich die Verwaltung der neuen CDU-Verkehrssenatorin **Manja Schreiner** also noch bedeckt gibt, hat die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus schon klare Vorstellungen. Die Ausschreibung solle die Zahl der Anbieter und der Fahrzeuge reduzieren, sagt **Johannes Kraft**, verkehrspolitischer Sprecher der Christdemokraten im Abgeordnetenhaus. "Es gibt sehr gute Beispiele wie Düsseldorf, aber auch andere Städte in Europa, die eine solche Ausschreibung gemacht haben", so **Kraft**. Das Ziel aus seiner Sicht: "Zwei, drei, vier Anbieter – also: Konkurrenz muss sein, ein Monopol darf nicht entstehen –, aber diese Anbieter verpflichten sich zu bestimmten Dingen." Das Abstellen in bestimmten Zonen könnte laut **Kraft** ebenso festgeschrieben werden wie Nachhaltigkeitskriterien, darunter Vorschriften, wie umweltverträglich die Leihfahrzeuge produziert sein müssen.

Registrierung künftig nur mit Führerschein?

Aus Sicht der oppositionellen Grünen braucht es dagegen keine neue Ausschreibung. Die Verschärfung des Straßengesetzes, noch unter der alten Koalition im letzten September verabschiedet, gebe der Politik schon heute genug Steuerungsmöglichkeiten. Antje Kapek, verkehrspolitische Sprecherin der Grünen, plädiert dafür, das sogenannte Geofencing in den Ausleih-Apps strenger einzusetzen. Durch das Geofencing kann das Abstellen in bestimmten Bereichen verboten werden. Kapek schlägt vor, Gehwege generell als Abstellflächen auszuklammern.

Zudem hält die Grünen-Abgeordnete eine strengere Registrierungspflicht für sinnvoll. Aktuell benötigen Nutzerinnen und Nutzer nur Emailadresse, Telefonnummer und Bezahlmethode, um sich fürs Scooter-Fahren anzumelden. Vergleichbar zur Registrierung für Carsharing-Autos sollten Menschen bei der Anmeldung künftig auch einen Identitätsnachweis mitliefern, etwa einen Führerschein, so Kapek. Das würde dem Ordnungsamt bei Verstößen die Verfolgung erleichtern. Auch die AfD setzt auf strengere Zulassungsregeln: "Ein Mofa-Führerschein sollte Voraussetzung sein, damit man einen E-Scooter benutzen kann", sagt Rolf Wiedenhaupt, verkehrspolitischer Sprecher der AfD.

Nur noch feste Stellflächen?

Aus Sicht des Linken-Abgeordneten Kristian Ronneburg sollte die schwarz-rote Koalition sich mit ihrer Ausschreibung beeilen. "Es muss Druck rein: Der nächste Sommer steht bevor, da werden wir wieder vermehrt E-Scooter auf den Straßen sehen", sagt der verkehrspolitische Sprecher der Linken. CDU und SPD sollten aus Ronneburgs Sicht jetzt beginnen, an der Ausschreibung zu arbeiten, damit sie im nächsten Sommer 2024 starten kann.

Die Ausschreibung muss dann auch die Frage klären, ob es beim weitgehend freien Abstellen der E-Scooter und Co. – dem sogenannten Free-Floating – bleiben wird, oder ob feste Stellflächen überall verbindlich werden. Der CDU-Abgeordnete **Johannes Kraft** sagt, es werde wohl auf ein "Mischkonzept" hinauslaufen: mit verpflichtenden Parkflächen im innerstädtischen Bereich, aber weiterhin Free-Floating in Außenbezirken. Auch Kristian Ronneburg von den Linken rechnet mit einem "hybriden Modell – je nach Besiedlungsgrad und Dichte": "Es wird kein Modell sein können, dass zu hundert Prozent auf Stationen basiert."

Unternehmen fordern Stellplätze alle 200 Meter

Dem stimmt auch Tier Mobility zu, eins der größten anbietenden Unternehmen in Berlin. Die Firma betreibt gut 13.000 E-Scooter und 3.500 E-Bikes in der Stadt. "Bei der Gesamtfläche Berlins kann und sollte es keine 'One size fits all'-Lösung geben", schreibt ein Sprecher dem rbb. "So gibt es beispielsweise stark frequentierte, dichte Verkehrsknotenpunkte in der Innenstadt, wo wir verpflichtende Parkflächen explizit begrüßen." Zielmarke seien für das Unternehmen "Abstellflächen für E-Scooter, Fahrräder und Lastenräder alle 150

bis 200 Meter". In anderen Stadtteilen solle dagegen "das Free-Floating-Prinzip unbedingt erhalten bleiben. Wir empfehlen nach Straßenfunktion und Lage (z.B. Wohngebiet oder Einkaufsstraße) sorgfältig zu differenzieren."

Im Studiogespräch in der rbb24 Abendschau Ende Mai sagte Christine Wenzel, Director Public Policy bei Tier: "Eine neue Ausschreibung begrüßen wir ausdrücklich." Sie warb allerdings auch dafür, den E-Scootern und Co. genug Platz einzuräumen: "Wir brauchen Fläche. Das wird PKW-Parkplätze kosten", so Wenzel.

Sehbehinderte: "Es ist eine ethische Frage"

Manuela Myszka wartet an der Blindenampel darauf, dass das Piepsgeräusch ihr gleich signalisiert, dass sie über die Straße gehen kann. Die Einführung der Elektrokleinstfahrzeuge im Juli 2019 war für Manuela Myszka sowas wie ein Tag X: Seitdem ist das Leben draußen für sie nicht mehr dasselbe. "30 Jahre lang haben die verschiedenen Landesregierungen Berlin zur behindertengerechten Stadt umgestaltet", sagt Myszka: mit Blindenampeln, Rillenplatten im Boden, Mobilitätstrainings für Sehbehinderte.

Diese Errungenschaft ist aus Manuela Myszkas Sicht inzwischen zu einem guten Teil verloren. "Für mich stellen die E-Roller nicht weniger als eine ethische Frage dar", sagt Myszka. Doch die Grundsatzfrage ist bereits entschieden: Ganz aus Berlin verschwinden werden die E-Roller, E-Bikes und zum jetzigen Stand nicht. Die neuen Regeln könnten die Situation zumindest verbessern. Sie werden aber sicher nicht so schnell in Kraft treten, wie Manuela Myszka es sich wünschen würde.

Datum: 14.06.2023	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Julius Betschka und Christian Latz Thema: Dirk Stettner

 Berlin | Fraktionschef zur Berliner Gender-Debatte: „Kein CDU-Senator wird mit Sternchen um sich werfen, aber wir verbieten das niemandem“



T+ Fraktionschef zur Berliner Gender-Debatte „Kein CDU-Senator wird mit Sternchen um sich werfen, aber wir verbieten das niemandem“

Dirk Stettner ist neuer Vorsitzender der Berliner CDU-Fraktion. Im Interview spricht er über die Öffnung der Friedrichstraße, leere Landeskassen und das Gendern.

Herr Stettner, die SPD erklärt, dass der Koalitionsvertrag vor allem eine sozialdemokratische Handschrift trägt. Sehen Sie Ihre Aufgabe als Fraktionsvorsitzender darin, zu zeigen, dass doch auch CDU-Positionen drinstecken?


Wir haben einen sehr ausgewogenen Koalitionsvertrag erarbeitet. Und den werden wir nun gemeinsam zum Wohle Berlins umsetzen. Es geht mir nicht darum, den Koalitionspartner bei jeder zweiten Abstimmung spüren zu lassen, dass wir ein paar Abgeordnete mehr haben und deswegen einige Inhalte mehr umsetzen. Solche Verhältnisse gab es in der letzten Regierung. Da hat der Streit das Regieren gelähmt. Irgendwann dachten die Bürger, da läuft gar nichts mehr. Auch deshalb wurde die alte Regierung abgewählt.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/fraktionschef-zur-berliner-gender-debatte-kein-cdu-senator-wird-mit-sternechen-um-sich-werfen-aber-wir-verbieten-das-niemandem-9975723.html>

Ihre CDU in Pankow

Datum: 14.06.2023	Medium: regionalHeute.de
	Autor: Thema: Dirk Stettner

Sie sind hier: Region > Berliner CDU hält Vergesellschaftungen im Energiebereich für denkbar

Berliner CDU hält Vergesellschaftungen im Energiebereich für denkbar

Berlins CDU-Fraktionschef Dirk Stettner hält Vergesellschaftungen im Energiebereich für denkbar.

von dts Nachrichtenagentur



14.06.2023, 01:01 Uhr

Berlin. Berlins CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** hält Vergesellschaftungen im Energiebereich für denkbar. "Wir müssen klären, wann eine Gemeinschaft von vier Millionen Menschen sagen darf oder sogar muss: Ein bestimmter Sektor ist für das Zusammenleben so wichtig, dass man im Zweifel und gegen eine Entschädigung auch enteignen darf", sagte **Stettner** dem "Tagesspiegel".

Als Beispiel für solche "Monopolbereiche der Daseinsvorsorge" nannte der CDU-Politiker den Energiesektor. "Ich bin überhaupt kein Freund jedweder Enteignung. Wenn wir aber darüber nachdenken, wie wir deutlich vor 2045 klimaneutral werden wollen, müssen wir über die Bedeutung der Energienetze sprechen." Die Frage sei, wie der Staat Einfluss auf solche Bereiche ausüben könne und etwa die Energieerzeugung steuern könne.


Der CDU-Fraktionschef verwies darauf, dass Enteignungen rechtlich längst möglich seien. "Die Frage ist deshalb nicht, ob man überhaupt enteignen darf, sondern in welchen Situationen das möglich ist." Man müsse die Eigentümer aber "dem Marktwert entsprechend" bezahlen. In Berlin wird Ende Juni das Gutachten der Expertenkommission zur Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen erwartet.

Beobachter gehen davon aus, dass darin Vergesellschaftungen unter gewissen Rahmenbedingungen als möglich erachtet werden. Grundlage dafür ist Artikel 15 im Grundgesetz, wonach "Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel zum Zwecke der Vergesellschaftung" in Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden können. Der Paragraf wurde allerdings nie angewandt. Die Experten-Kommission war eine Reaktion auf den 2021 erfolgreichen Volksentscheid "Deutsche Wohnen & Co. enteignen".

CDU und SPD haben sich im Koalitionsvertrag zu einem Enteignungsrahmengesetz bekannt. Dies soll nicht nur für den Bereich Wohnen gelten, sondern auch andere Bereiche der Daseinsvorsorge wie Wasser und eben Energie. Dies hatte viele Beobachter überrascht. Der Koalition geht es aber dem Vernehmen nach nicht in erster Linie um das tatsächliche Enteignen großer Wohnungsunternehmen.

So deutete SPD-Fraktionschef Saleh kürzlich an: "Neben der finalen Enteignung ermöglichen Vergesellschaftungen zum Beispiel Gewinnmaximierungsverbote." Solche Gewinnbegrenzungen müsse man prüfen. "Ich bin gegen die Enteignung von Wohnraum, weil das keine einzige neue Wohnung schafft." Wen er genau mit seinen Plänen im Blick habe, wollte der CDU-Politiker nicht verraten.

"Ich will die laufende Diskussion nicht vorwegnehmen und auch niemandem drohen", so **Stettner**. Aber man müsse sich Gedanken machen, wie der Staat gewisse gesamtgesellschaftliche Aufgaben lösen könne, für die einzelne infrastrukturelle Teilbereiche so wichtig sind, dass man ohne diese nicht vorankomme.

Datum: 16.06.2023	Medium: B.Z.
	Autor: Birgit Bürkner Thema: David Paul

Nonstop an der Ampel

Berlin soll Grüne Welle für Radfahrer bekommen



An der Rothenbaumchaussee in Hamburg gibt eine Säule Geschwindigkeits-Empfehlungen für Radfahrer. Das rote Kreuz signalisiert: langsam ausrollen Foto: picture-alliance

Von [Birgit Bürkner](#)

Nie mehr an der roten Ampel abbremsen, absteigen, warten. Sondern nonstop durchstarten. Eine Grüne Welle für Radfahrer in Berlin schlägt die **CDU in Pankow** vor.

Sie soll auf Landesebene in einem Pilotprojekt nach dem Vorbild Hamburgs getestet werden. In der Hansestadt steht seit Dezember 2022 die erste Tempo-Anzeige für [Biker](#) an einer belebten Kreuzung.

Die Prio-Bike-Säule gibt Radlern Geschwindigkeits-Empfehlungen, damit sie nicht an der nächsten Ampel anhalten müssen.




Die erste Tempo-Säule (PrioBike) Deutschlands steht am Hamburger Dammtor-Bahnhof. Grüner Haken heißt: Tempo genau richtig! Foto: picture-alliance

So funktioniert's: Detektoren im Untergrund messen etwa 80 bis 120 Meter vor einer Ampel ihre Geschwindigkeit. Das System berechnet die individuelle Ankunftszeit an der Ampel, vergleicht dies mit der aktuellen Ampelphase und meldet die Information an die Säule zurück. Die Säule visualisiert daraufhin eine Geschwindigkeits-Empfehlung durch vier Symbole.

Soll die Geschwindigkeit gehalten werden, erscheint ein grüner Haken. Muss das Tempo gesteigert werden, erscheint ein gelber Pfeil nach oben. Soll es weniger schnell sein, ist es ein Pfeil nach unten. Zeigt die Anzeige ein rotes Kreuz, besteht keine Chance, die Grünphase zu erreichen – Radler können entspannt bis zur roten Ampel ausrollen.

„Das Ziel ist einerseits ein besserer Fahrrad-Verkehrsfluss“, sagt David Paul (34, CDU), Initiator des Antrags. „Andererseits könnten so Verstöße wie Missachtung roter Ampeln oder Ausweichen auf den Gehweg reduziert und die Verkehrssicherheit erhöht werden.“

Datum: 16.06.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner  Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Denise Bittner

Jetzt will die CDU den Umbau der Schönhauser Allee kippen **M+**



16.06.2023, 16:05 | Lesedauer: 3 Minuten

Thomas Schubert



Radfahren auf einer Schmalspur auf dem Bürgersteig - das sollte längst ein Ende haben. Doch die Einrichtung von geschützten Wegen auf der heutigen Parkspur der Schönhauser Allee hängt fest. Fällt das Vorhaben nun ganz aus?

Foto: Thomas Schubert / Berliner Morgenpost

150 Parkplätze sollten auf der Schönhauser Allee für breite Radwege verschwinden. Doch kurz vor dem Start steht das Projekt in Frage.

„Die Radwegeplanungen auf den Prüfstand zu stellen, ist gut und richtig“, erklärt Bittner in einer Stellungnahme. „Denn zu oft priorisieren sie bislang einseitig das Rad und vernachlässigen dabei Fußgänger, Autos und den ÖPNV. Dazu müssen auch die Planungen für die Schönhauser Allee zählen, die von Anfang an ideologiegetriebene Prinzipienreiterei waren und billigend in Kauf nahmen, die verschiedenen Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen.“

, „die noch unter ihrer Vorgängerin [Bettina Jarasch \(Grüne\)](#) beschlossenen Radwegeplanungen auf den Prüfstand zu stellen“


„Eine große Verkehrsachse wie die Schönhauser Allee in der geplanten Weise zu schwächen, hätte Auswirkungen weit in andere Bereiche des Bezirks hinein. Staus bis weit in den Norden wären vorprogrammiert, die ohnehin angespannte Verkehrssituation würde sich noch verschlimmern“,

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article238708873/Jetzt-will-die-CDU-den-Umbau-der-Schoenhauser-Allee-kippen.html>

Ihre CDU in Pankow

Datum: 16.06.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner  Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Dr. Manja Schreiner

Verkehrssenatorin stoppt Radwegbau zugunsten von Parkplätzen



Aktualisiert: 16.06.2023, 12:06 | Lesedauer: 6 Minuten

Sebastian Kohler



Das CDU-geführte Ressort legt neue Radwege auf Eis, wenn auch nur ein Parkplatz bedroht ist. Für die Entscheidung hagelt es Kritik.

Berlin. Im [schwarz-roten Senat](#) hat die CDU das Verkehrsressort übernommen. Was das für den Radverkehr bedeutet, zeigt sich an der ersten Duftmarke, die die neue [Verkehrssenatorin Manja Schreiner](#) hinterlässt. Sie hat angeordnet, jeden neuen Radwegbau aufs Eis zu legen, wenn ein Parkplatz dafür weichen muss. Eine entsprechende Mail lief bereits in den Postfächern der Bezirke ein. Auch in Sachen Tempo 30 hat die neue Senatorin eine Wende angeordnet.

Die neuen Prioritäten bedeuten einen Kurswechsel in der [Verkehrspolitik](#). Wie "RBB24" berichtet, betrifft der Stopp den Ausbau neuer Radwege in Berlin, wenn Parkplätze oder Fahrspuren dafür reduziert werden – "der Wegfall eines Stellplatzes reicht schon aus", heißt es in der Nachricht. Der Schwenk betrifft nicht nur den Bau einzelner Radspuren, sondern auch das Verwaltungsprozedere, also Prüfungen, Anhörungen und Expertenbefragungen.

Wegfall eines Stellplatz reicht schon": CDU legt Radweg-Planung auf Eis

"Die neue Hausleitung unserer Senatsverwaltung wird künftig andere Maßstäbe an die Straßenaufteilung setzen", heißt es in der E-Mail. Der Kurswechsel macht auch vor Tempo 30 nicht Halt. Mit Ausnahme von Straßenabschnitten, die an Schulen oder Kitas angrenzen, sollen keine weiteren Geschwindigkeitsbegrenzungen mehr heruntergeschraubt werden.

Noch im Mai hatte Verkehrssenatorin Schreiner bekundet: "Auch ein Autofahrer muss sich daran gewöhnen, dass verschiedene Mobilitätsbedürfnisse da sind und auch der Radverkehr seine Bedeutung hat. Und da werden alle aufeinander Rücksicht nehmen müssen." Dagegen hatte sie frühzeitig signalisiert, keine weiteren Straßen auf 30 Stundenkilometer zu begrenzen. Im Wahlkampf war auch [CDU-Spitzenkandidat Kai Wegner](#) mit einer Haltung für den automobilen Verkehr aufgetreten.

Radikaler Kurswechsel: Grünen-Politiker wirft Schreiner Gesetzesbruch vor

Kritik wird vonseite der Opposition und aus den Bezirken laut. Grünen-Politikerin und Verkehrsstadträtin Filiz Keküllüoğlu aus [Lichtenberg](#) zeigte sich in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) "besorgt um die schwächsten Verkehrsteilnehmer". Betroffen von dem Baustopp ist in ihrem Bezirk der geplant Radweg in der Siegfriedstraße. Die Planungen laufen seit Jahren, die alte Senatsverwaltung hatte längst grünes Licht gegeben.

Ragnhild Sørensen äußerte sich schockiert von der Entscheidung: "Die neue Senatorin entpuppt sich als Autoverkehrssenatorin." Die Pressesprecherin des Vereins Changing Cities warf Schreiner indirekt vor, ihre Absichten nicht ehrlich zu kommunizieren. Der Think Tank rief kurzfristig zu einer Demonstration für den Erhalt des Berliner Mobilitätsgesetzes auf.

Mehrere Verkehrsstadträte in den Bezirken äußerten scharfe Kritik am Kurswechsel. Verkehrsstadtrat Jochen Biedermann (Grüne) aus [Neukölln](#) bezeichnete den Schritt als "Drama, wenn das wirklich so kommt". Grünen-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus Werner Graf warf der Koalition aus CDU und SPD vor "dass sie ideologisch zur Verkehrspolitik des letzten Jahrhunderts zurück will", er sieht einen Verstoß gegen das Mobilitätsgesetz.

Auch interessant: [Die Radtour für Berlin-Liebhaber: Architektur und Szene](#)

Der ADFC Berlin sieht in der Ankündigung den Versuch, das Mobilitätsgesetz aufzuweichen. „Wir werden entschieden dafür streiten, dass die dringend benötigten Radwegeprojekte weitergeführt werden. Wer nur an den Kfz-Verkehr denkt, hat die Vergangenheit, aber nicht die Zukunft von Berlin im Blick.“

Gerüchte um Radweg in der Ollenhauerstraße in Reinickendorf

In der [Reinickendorfer](#) BVV am Mittwoch hat die CDU-Fraktion durch auffällig lange und unnötig detaillierte Antworten dafür gesorgt, dass die Beantwortung der mündlichen Anfragen zur „Gefährlichen Situation von Radfahrenden auf der Ollenhauerstraße“ der fraktionslosen Bezirksverordneten Kai Bartosch nicht mehr dran kam.

Nach dem Schreiben der Senatsverwaltung scheint klar, warum: Gerüchteweise heißt es, dass der gerade fertiggestellte Radweg an der Ollenhauerstraße nicht eröffnet und sogar wieder zurückgebaut werden soll. Andere Projekte, wie zum Beispiel an der Waldstraße, stünden auch zur

Disposition. Allerdings würde die Aussetzung von angeordneten Projekten im Zweifel bedeuten, dass bereits beauftragte Bauunternehmer Entschädigungen fordern könnten.

Zudem wurde für viele Projekte in Reinickendorf und Berlin Bundesförderung aus dem Programm „Stadt und Land“ in Anspruch genommen. Es ist unklar, ob der Bezirk oder das Land die Mittel zurückzahlen müsste. Aber die Mittel sind zweckgebunden und müssten bis Ende 2023 abgerechnet sein.

Unklare Zukunft für Pop-up-Radweg in der Kantstraße in Charlottenburg-Wilmersdorf

Im [Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf](#) wurde die Ankündigung überrascht aufgenommen. „Wir haben keinen Brief und auch keine Mail der Verkehrsverwaltung bekommen“, sagt Verkehrsstadtrat Oliver Schruoffeneger (Grüne). Das wohl bedeutsamste Projekt der Pop-up-Radweg in der Kantstraße, welcher eigentlich noch in diesem Jahr verstetigt werden sollte, liegt aufgrund der Sperrung des Kaiserdamms derzeit ohnehin auf Eis.

Am Mittwoch wurde bekannt, dass der Radweg in der Kantstraße für die Zeit der Sperrung für den Busverkehr freigegeben werden soll. Weitere Anordnungen von Radwegen gebe es im Bezirk derzeit nicht. Wie es nach dem Ende der Baustelle am Kaiserdamm mit dem Radweg in der Kantstraße weitergeht? Schruoffeneger sagt, er könne es nicht sagen. Verkehrssenatorin Schreiner habe nach ihrem Amtsantritt angekündigt, sich mit ihm dazu zeitnah zu verständigen. Seitdem habe er von ihr nichts mehr dazu gehört.

Im Bezirk regiert seit der Wiederwahl Schwarz-Grün. Zum Thema Radwege heißt es in der Vereinbarung der Zählgemeinschaft: „Wo immer es möglich ist, sollen diese ohne den Wegfall von Pkw-Stellplätzen realisiert werden.“ Schruoffeneger empfehle der Senatsverwaltung diese Formulierung zu übernehmen. Die Formulierung, dass bereits der Wegfall eines einzigen Stellplatzes ausreicht, sei „hochgradig verrückt“.

Datum: 16.06.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Manuela Anders-Granitzki

TEMPO 10 ILLUSORISCH?

Trotz Lkw-Stress: Pankow verweigert radikales Tempolimit **M+**



16.06.2023, 13:13 | Lesedauer: 3 Minuten

Thomas Schubert

Unrühmliches Vorbild: In Pankow wollen Nachbarn das Tempo 10-Limit der Friedrich-Engels-Straße auf eine weitere Lastwagen-Route übertragen. Doch der Bezirk nennt einen interessanten Hinderungsgrund.

Foto: Thomas Schubert

Zwei Tempo 10-Straßen hat Pankow bereits. Dem Wunsch nach einer dritten kommt der Bezirk aber nicht nach. Wegen eines Kriteriums.

„Allein mit der Belastung durch Schwerlastverkehr lässt sich nicht automatisch besondere örtliche Situation ableiten, woraus sich Tempo 30 rechtfertigen lassen könnte“, Anders-Granitzki


Durch den baulichen Zustand drohen nachhaltige Beschädigungen an Kraftfahrzeugen, wenn sie mit schnellerem Tempo durchfahren.“ Tempo 10 bleibe in beiden Fällen gültig, „bis eine bauliche Instandsetzung möglich wird“.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article238706313/trotz-lkw-stress-pankow-verweigert-radikales-tempolimit.html>

Ihre CDU in Pankow

Datum: 16.06.2023	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: Peter Neumann Thema: Dr. Manja Schreiner

Senat legt Radwegprojekte auf Eis: Millionensummen drohen zu verfallen

Wenn Autostellplätze gestrichen werden müssten, ist ein Stopp die Folge. Jetzt stehen erste Vorhaben auf der Kippe. Die Senatorin erklärt, wie es weitergeht.

Die neue Berliner Verkehrssenatorin [Manja Schreiner](#) (CDU) hatte bereits klargemacht, dass sich die Politik für Rad- und Autofahrer ändern wird. Die Mail aus ihrer Verwaltung, die jüngst in einigen Bezirksämtern eintraf, schlug trotzdem ein wie eine Bombe. Sie bestimmt, dass alle Radwegprojekte, für die Autofahrestreifen oder ein Autostellplatz wegfallen müssten, vorerst gestoppt sind. Das gilt auch für geplante neue Tempo-30-Bereiche. Als erster Bezirk schlägt nun Mitte Alarm. Ein großes Projekt sei in Gefahr, hohe Zuschüsse drohten zu verfallen, warnte Stadträtin Almut Neumann. Verbände riefen für diesen Freitag zu einer Demo vor der Senatsverwaltung auf. Knapp drei Stunden vor deren Beginn reagierte Schreiner mit einer Präzisierung ihrer Pläne.

Die Reaktionen auf die Mail schwankten zwischen Entsetzen und Wut. „Die neue Senatorin entpuppt sich als Autoverkehrssenatorin, die zwar ‚Miteinander‘ auf den Straßen propagiert, während ihr Herz aber eindeutig für die autogerechte Stadt schlägt“, kommentierte Ragnhild Sørensen von Changing Cities. „Wer nur an den Kfz-Verkehr denkt, hat die Vergangenheit, aber nicht die Zukunft von Berlin im Blick“, so Evan Vosberg vom [Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club \(ADFC\)](#). Die Fahrradlobby will sich dafür einsetzen, dass geplante Radwegprojekte trotzdem verwirklicht werden.

Doch das dürfte zumindest für die nächste Zeit schwierig bis unmöglich sein. Denn die Mail der Obersten Straßenverkehrsbehörde, die in [Lichtenberg](#), dem Vernehmen nach auch in [Reinickendorf](#) und anderen Bezirksämtern eintraf, ist unmissverständlich.

Die neue Hausleitung werde andere Maßstäbe an die Straßenaufteilung setzen, heißt es eingangs. Mit der Senatorin und der Staatssekretärin Claudia Stutz würden neue Kriterien erarbeitet. „Bis eine Entscheidung dazu vorliegt, wurde ich durch unseren Abteilungsleiter Herrn Haegele gebeten Ihnen mitzuteilen, dass wir derzeit keine Stellungnahmen, Prüfungen, Anhörungen/Anordnung vornehmen werden.“ Das bedeutet: Die Verwaltungsarbeit kommt erst einmal zum Stillstand.

Auch Tempo-30-Projekte können erst einmal nicht weitergehen

Außerdem bittet die Verwaltung um „vorübergehende Aussetzung der Umsetzung von angeordneten Projekten“, wenn sie „den Wegfall von einem oder mehr Fahrstreifen“ oder „den Wegfall von Parkplätzen (der Wegfall von einem Stellplatz reicht schon aus) zur Folge haben“ oder „Tempo 30 proaktiv von Amts wegen bzw. bei Anträgen lange Strecken beinhalten“. Damit wird klar, dass auch das Thema Tempo 30 erst einmal suspendiert ist. Einzige Ausnahme sollen Abschnitte vor Kitas oder Schulen sein.

Am Freitagnachmittag bemühte sich die Pressestelle der Senatsverwaltung darum, das Vorgehen zu präzisieren. Bestimmte Projekte würden weiterhin geplant, teilte die Pressestelle mit. Genannt wurden Vorhaben, die auf Beschlüsse der Unfallkommission zurückgehen oder die Schulwegsicherheit erhöhen sollen. Auch neue Zebrastreifen werde es weiterhin geben. Die Sanierung bestehender Rad- und Fußverkehrsanlagen soll ebenfalls weiter verfolgt werden – so lange sich der Straßenraum nicht verändern soll.

Am Freitagnachmittag präzisiert die Senatorin, was nun geschieht

Grünes Licht gebe es außerdem für Projekte, für die keine Fahrstreifen oder Busspuren wegfallen müssten und den Wirtschafts- und Lieferverkehr nicht erheblich beeinträchtigen. Okay wäre der „Wegfall einer überschaubaren Anzahl von Parkplätzen (abhängig von den örtlichen Gegebenheiten zum Beispiel nicht mehr als zehn Parkplätze auf 500 Meter)“, heißt es in der Senatsmitteilung.

Alle anderen geplanten Maßnahmen für die Radwegeinfrastruktur ruhen, solange sie überprüft und priorisiert werden. Zu den Kriterien gehört: „Welche Alternativen zu den derzeitigen Planungen gäbe es, damit Einschränkungen für den motorisierten Individualverkehr und des ruhenden Verkehrs gegebenenfalls geringer ausfallen würden?“ Der Senat gehe nicht mit der Schablone vor, sondern orientiere sich am Bedarf aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, teilte Schreiner mit. „So müssen große Straßen in der Stadt für den Pendler-, Wirtschafts- und Lieferverkehr leistungsfähig bleiben.“

Mit der Mail wird klar, dass die neue Senatorin ihre Ankündigung im Interview mit der Berliner Zeitung ernst gemeint hat. [„Ich werde einige Radwegprojekte in Frage stellen“, kündigte Schreiner darin an.](#) „Klar ist, dass Berlin für den Berufs- und Wirtschaftsverkehr leistungsfähige Magistralen braucht. Aus meiner Sicht ist es nicht immer sinnvoll, Kraftfahrzeugen Fahrstreifen zu entziehen, um sie auf ganzer Breite zu Radverkehrsanlagen umzugestalten.“

In Schöneberg könnte es auch den Busverkehr der BVG betreffen

Was der Projektstopp konkret bedeuten könnte, erklärte Almut Neumann, die für die Straßen zuständige Stadträtin in [Mitte](#), an einem aktuellen Beispiel. Danach war bislang geplant, die Beusselstraße noch in diesem Jahr mit geschützten Radfahrstreifen auszustatten, sagte die [Grünen](#)-Politikerin. „Die Strecke ist eine wichtige Nord-Süd-Verbindung in Berlin, aber zur Zeit tatsächlich lebensgefährlich für Menschen auf dem Rad. Wir müssen dort so schnell wie möglich handeln.“ Es wäre fatal, wenn die Senatorin dieses Projekt verhindern oder auch nur verzögern würde. „Dann würden die Fördermittel verfallen, und wir hätten keine Finanzierung mehr“, warnte Neumann. 436.500 Euro vom Bund und 145.000 Euro vom Land gingen verloren.

„Ich mache mir Sorgen, dass nun ein Stillstand für den Ausbau von sicherer Infrastruktur für Menschen auf dem Rad droht“, so die Stadträtin. „Deshalb erwarte ich von der Verkehrssenatorin,

dass sie ihre Blockadehaltung so schnell wie möglich beendet.“ In Lichtenberg könnte es den geplanten Radfahrstreifen in der Siegfriedstraße treffen, wie dort zu erfahren ist.

Auch im Bezirksamt [Tempelhof-Schöneberg](#) sieht man die Senatsmail mit Sorge. „Wenn das so stimmt, geht es auch um Fördergelder in Millionenhöhe“, bekräftigte Stadträtin Saskia Ellenbeck, ebenfalls von den Grünen. „Sie müssen dieses Jahr ausgegeben werden.“ Zu einem großen Teil handele es sich um finanzielle Mittel vom Bundesverkehrsministerium – die nun in ganz Berlin zu verfallen drohen. Auch dem öffentlichen Verkehr in Form von Bussen der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) drohen Auswirkungen, wie Ellenbeck am Freitag mit Blick auf ein Projekt in Schöneberg ergänzte. „Es könnte indirekt auch den ÖPNV betreffen, der durch unser Projekt in der Hauptstraße Verbesserungen erhalten soll“, teilte sie der Berliner Zeitung mit.

„Diese Anweisung der Senatorin ist eine Ohrfeige für alle Berlinerinnen und Berliner, die auf sichere Radverkehrsinfrastruktur angewiesen sind“, sagten die [Linken](#)-Verkehrspolitiker [Kristian Ronneburg](#) und Niklas Schenker. „Berlin hat weiterhin einen großen Bedarf an zusätzlichen geschützten Radwegen. Das Mobilitätsgesetz und der Radverkehrsplan gelten, auch Senatorin Schreiner ist daran gebunden. Die Linksfraktion wird diese Entscheidung der Senatorin nicht hinnehmen und gemeinsam mit Verbänden und Bezirken Druck ausüben, bis sie ihre Ankündigung zurücknimmt.“ Kritik kam auch von den Sozialdemokraten. Peggy Hochstätter aus Friedrichshain-Kreuzberg twitterte, dass der Projektstopp „wirklich schlimm“ sei.

2018 wurde das Mobilitätsgesetz von der [SPD](#) mit verabschiedet, rief ADFC-Vorstand Evan Vosberg ebenfalls am Freitag in Erinnerung. „Darin steht, dass die Sicherheit oberste Priorität hat. Dann kommt der fließende Verkehr aller Teilnehmenden, der über dem ruhenden Verkehr gestellt ist. Dieser Grundsatz wird nun durch die Intervention der neuen Verkehrssenatorin Manja Schreiner aufgelöst. Ein einzelner Parkplatz scheint nun an oberster Stelle zu stehen“, so Vosberg.

[Fahrradlobby: „Ohne uns, das machen wir nicht mit“](#)

Für den ADFC Berlin sei das ein Versuch, das Mobilitätsgesetz aufzuweichen. „Ohne uns, das machen wir nicht mit.“ Gemeinsam mit Changing Cities und anderen Organisationen ruft der Verband für diesen Freitag um 17.45 Uhr zu einer Spontandemonstration vor der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt auf. Die Adresse: Am Kölnischen Park 3 in Mitte.

Ein [CDU](#)-Politiker widersprach Einschätzungen, dass in [Berlin](#) nun überhaupt nichts mehr für den Radverkehr unternommen werde. „In Spandau werden allein in diesem Jahr mindestens drei Projekte zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer umgesetzt“, twitterte Thorsten Schatz, der im westlichsten Berliner Bezirk Stadtrat für Bauen, Planen, Umwelt- und Naturschutz ist, am Freitag. „Wir werden unter anderem in Gatow einen Schutzstreifen markieren, den Ausbau der Kisselnallee beginnen und den Radweg an der Charlottenburger Chaussee sanieren.“

[Ehemaliger Verkehrsstaatssekretär: „Politik mit Augenmaß ist angesagt“](#)

Bei Facebook äußerte sich ein weiterer Christdemokrat. „Hier geht es nicht um eine neue Verkehrspolitik, sondern um eine ideologiefreie Verkehrspolitik, die Frau Dr. Schreiner verkörpert. Nicht der Autoverkehr ist das Maß aller Dinge, aber eben auch nicht der Radverkehr!“, so Ingo Schmitt, in den 1990er-Jahren Staatssekretär für Verkehr. „Politik mit Augenmaß ist angesagt, und sie sollte auf Fakten beruhen.“

Schmitt nannte als Beispiel den Pop-up-Radweg in der Neuen Kantstraße. „Gestern betrug die Fahrzeit mit meinem Auto vom ICC bis zum Amtsgerichtsplatz 13 Minuten, weil alle in der linken Spur im Stau standen. In dieser gesamten Zeit fuhren lediglich drei Radfahrer auf dem Pop-up-Radweg an mir vorbei. Bei ideologiefreier Betrachtung kann man nur zu dem Ergebnis kommen, dass die veränderte Aufteilung des Verkehrsraumes an dieser Stelle keinen Sinn macht.“

Datum: 17.06.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

Pankow bleibt Fairtrade Town

PANKOW: Bezirk setzt sich seit sieben Jahren für fairen Handel ein

von Bernd Wähler

Der Bezirk darf bis 2024 weiterhin den Titel „Fairtrade Town“ tragen. Darüber informiert kürzlich die Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum, Manuela Anders-Granitzki (CDU).

Damit verstetigt Pankow sein Engagement für fairen Handel. Seit 2016 nimmt Pankow an der Kampagne „Fairtrade Town“ teil. Die Kommunen setzen sich damit für Menschenrechte, faire Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne und soziales Engagement ein. Dass der Bezirk diesen Titel bis zunächst 2024 weiter tragen kann, ist vor allem der Fairtrade-Steuer-

rungsrunde zu verdanken. Ihr gehören Vereine, Weltläden, Einzelpersonen und Mitarbeiter der Bezirksverwaltung an. Dieses Gremium koordiniert die Fairtrade-Aktivitäten im Bezirk Pankow.

Seit Pankow 2016 erstmals als Fairtrade Town zertifiziert wurde, haben sich einige Aktivitäten im Bezirk fest verankert. Dazu gehört zum Beispiel, dass beim Grundschulessen in den Mensen nur Bananen und Reis aus fairem Handel zum Einsatz kommen. An Schulen und anderen Orten wurden außerdem Bildungsworkshops zum fairen Handel durchgeführt, und aktuell finden Workshops zum Thema Lieferkettensorg-

faltspflichtengesetz statt. Dahinter verbirgt sich eine Regelung, die bedeutet, dass in den globalen Lieferketten die grundlegenden Menschenrechte eingehalten werden müssen und die Unternehmen dafür Sorge zu tragen haben.

In den zurückliegenden beiden Jahren wurde außerdem die Städtepartnerschaft mit dem Bezirk KaTembe in Mosambiks Hauptstadt Maputo weiter vorgebracht, berichtet Manuela Anders-Granitzki. Deren Ziel es ist, die Freundschaft und Verständigung zu stärken und formal eine Städtepartnerschaft zu begründen. Des Weiteren ist der Leitfaden „Nachhaltiger Einkauf in Ber-

lin“ der „Kompetenzstelle Faire Beschaffung Berlin“ für das Bezirksamt Pankow angepasst und allen Mitarbeitern der Pankower Ämtern zur Verfügung gestellt worden.

Wo gibt es im Bezirk Weltläden? Wer engagiert sich für fairen Handel? Warum hat Pankow den Klimanotstand erklärt? Mehr zu diesen und weiteren Fragen erfahren Interessierte anhand von Audioguides und einem Podcast, die auf der Internetseite <https://bwurl.de/19ao> abzurufen sind.

Wer an der Steuerungsgruppe Fairtrade Town Berlin-Pankow mitwirken möchte, findet auf www.fairtrade-towns.de weiterführende Informationen.

Datum: 17.06.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

Endlich kommt ein Zebrastreifen

KAROW: Kreuzung Bucher Chaussee mit hohem Verkehrsaufkommen wird sicherer

von Bernd Wähler

An der Kreuzung Bucher Chaussee, Alt-Karow, Hofzeichendamm und Schönerlinder Weg wird noch im Juni ein Zebrastreifen angelegt.

Dass dieser Zebrastreifen nun endlich gebaut wird, ist dem langjährigen Engagement von Johannes Kraft (CDU) zu verdanken. Der heutige Abgeord-

nete setzte sich bereits als Verordneter in der Pankower BVV vor einigen Jahren gemeinsam mit Anwohnern für diesen Fußgängerüberweg ein. In diesem Kreuzungsbereich auf der Bucher Chaussee gibt es ein besonders hohes Verkehrsaufkommen. Es findet sich schwer eine Lücke zwischen den Autokolonnen, um über die Straße zu kommen. Zugleich befinden sich aber in

unmittelbarer Nähe mehrere Kitas, ein Ärztehaus mit Apotheke sowie Einkaufsmöglichkeiten, sodass in dem Bereich viele Fußgänger und Radfahrer die Straße queren müssen.

„Seit Jahren kämpfe ich gemeinsam mit den Karower Bürgern dafür, dass dort endlich eine sichere Querungsmöglichkeit geschaffen wird. Bereits 2014 hat die BVV einen

von mir eingebrachten Antrag beschlossen. Der damalige Senat wollte aber partout keinen Handlungsbedarf erkennen“, berichtet Johannes Kraft.

„Durch das Engagement von Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) ist nun endlich Bewegung in die Sache gekommen“, so Kraft. „Ich bin froh, dass man hier nun schon bald gefahrloser die Straße überqueren kann.“

Datum: 17.06.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: CDU Pankow

In Einheit wieder vereint

PANKOW: Verein VfB Einheit zu Pankow 1893 wurde vor 130 Jahren gegründet / Fußballer feiern zwei Tage Jubiläum

von Bernd Wähler

Mit einem großen Stadionfest feiert der „VfB Einheit zu Pankow 1893“ jetzt seinen 130. Geburtstag. Die Sause steigt am 24. und 25. Juni auf der Heimspielstätte des VfB, dem Paul-Zobel-Sportplatz an der Hermann-Hesse-Straße 80.

Organisiert und durchgeführt wird die Veranstaltung mit der CDU Pankow, die hier zugleich ihr Sommerfest feiert. Am ersten Tag des Stadionfestes präsentiert sich ab 12 Uhr der Jugendbereich des VfB, berichtet der Vereinsvorsitzende Dirk Weißbach. Unter anderem findet ein Turnier der Jugendmannschaften statt. Es gibt auch sportliche Aktionen für die Zuschauer wie Torwandschießen. Offiziell wird das Stadionfest dann um 15.30 Uhr eröffnet. Danach gibt es bis in den Abend hinein ein Musikprogramm mit Live-Band und DJ. Und natürlich ist für Spels und Trank gesorgt.

Am 25. Juni findet von 12 bis 18 Uhr ein Fußballturnier der Männermannschaften sowie der älteren Jugendmannschaften des Vereins statt. „An diesem Tag ermitteln wir un-



Blick auf den Eingangsbereich des Paul-Zobel-Sportplatzes und das Vereinsgebäude. Zu den Spielen des Vereins kommen VfB-Fans aller Generationen. Am 24. und 25. Juni wird hier gemeinsam der 130. Geburtstag des Vereins gefeiert. Foto: Bernd Wähler

seren diesjährigen Vereinsmeister“, erklärt Dirk Weißbach. Auch an diesem Tag ist für ein abwechslungsreiches sportliches und musikalisches Rahmenprogramm gesorgt.

Der Verein arbeitet gerade an Zeitafeln, auf denen die wechselvolle Geschichte des VfB Einheit zu Pankow dokumentiert wird. Diese sollen rund um das Stadiongebäude zu sehen sein. Die erste Tafel wird hoffentlich schon zum Stadionfest aufgestellt.

Gegründet wurde der Pankower Traditionsverein 1893. Auf Anregung eines gewissen Dr. Hermani, seines Zeichens Theologe und Leiter der „Pankower Höheren Knabenschule“, wird in geselliger Runde in einem Pankower Gasthaus der „Verein für Bewegungsspiele Pankow“ ins Leben gerufen. 26 Mitglieder zählt der Verein bei seiner Gründung, die sich auf dem grünen Rasen von Schloss Schönhausen anfänglich nur mit Cricket und Tennis die Zeit vertreiben. Doch

schon wenig später avancierte der aus England importierte Mannschaftssport Fußball zum Schwerpunkt des Vereins. Der schmerzlichste Einschnitt für den VfB kam im Mai 1951: Er musste aufgrund der politischen Gegebenheiten geteilt werden. Während sich der Ost-Verein auf Druck der sowjetischen Besatzungsmacht „SG Einheit Pankow“ nennen musste, nannte sich der Verein im Westteil „VfB zu Pankow“. Heimplatz war der „Reinickendorfer Städtische Sportplatz“

an der Scharnweberstraße in Tegel. Den Ost-Berlinern gelang es Anfang der 70er-Jahre, sogar einige Zeit in der DDR-Liga und zwei Jahre sogar in der Oberliga zu spielen. Am 14. Mai 1991, nach dem Fall der Mauer, fusionierten die beiden einst getrennten Vereine zum heutigen VfB Einheit zu Pankow. Seit dem steht der Verein auf soliden Füßen und leistet auch eine hervorragende Nachwuchsarbeit.

Die 1. Mannschaft schaffte in der zurückliegenden Saison den Aufstieg von der Kreisliga A in die Bezirksliga. Als Aufsteiger spielte das Team dann sogar um den Aufstieg in die Landesliga mit, verpasste ihn allerdings, berichtet Weißbach. „Als Aufsteiger spielten die Männer aber eine super Saison“, lobt der Präsident. „Und stolz sind wir auch, dass sich unsere 2. Mannschaft in der Kreisliga A halten konnte.“ Vorbildlich sei in der Saison 2022/2023 auch die Arbeit der Jugendabteilung unter Leitung von Nico Hempel gewesen, so Weißbach. Bei den Jugendmannschaften ist die Saison allerdings noch nicht ganz abgeschlossen.

Zum Jubiläum hat der Verein übrigens in Zusammenarbeit mit dem Edeka-Center Niemann an der Blankenburger Straße 81 ein Sticker-Album herausgebracht, das im Edeka Markt kostenlos erhältlich ist. Eine Stickertüte mit jeweils acht VfB-Spieler-Stickern ist gegen eine kleine Spende von zwei Euro erhältlich.

Das Stadionfest findet am 24. und 25. Juni auf dem Paul-Zobel-Sportplatz an der Hermann-Hesse-Straße 80 statt. Los geht's an beiden Tagen um 12 Uhr. Mehr Informationen zum Verein gibt es im Internet auf www.einheitpankow.de.



Im Frühjahr 1991 beschlossen Mitglieder des Ost- und des Westberliner Vereins nach 40 Jahren Teilung in der Gaststätte „Joe am Wedding“ die Wiedervereinigung zum heutigen VfB. Repro: VfB Einheit zu Pankow



Die 1. Mannschaft spielte in dieser ersten Saison in der Bezirksliga sogar um den Aufstieg in die Landesliga mit, verpasste ihn mit Platz 3 aber knapp. Trotzdem war es eine grandiose Leistung. Foto: VfB Einheit zu Pankow

Datum: 17.06.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Johannes Kraft

Verzögerungen unter der Brücke

KAROW: Die Straße am Bahnhof Karow und alle Leitungen werden tiefer gelegt / Arbeiten dauern an

von Bernd Wähler

Seit November 2018 ist die Eisenbahnbrücke über die Pankgrafenstraße am Bahnhof Karow wegen Bauarbeiten gesperrt. Wie lange noch? Was passiert da? Und warum ziehen sich die Arbeiten so lange hin?

Bei diesem Bückenerneuerungsprojekt unmittelbar am Bahnhof Karow handelt es sich um ein sehr anspruchsvolles Vorhaben. Es wurden zunächst die Brücke für die S-Bahn und die für die Ferngleise erneuert. Doch damit nicht genug: Zum einen wurde die Durchfahrt von knapp zehn Metern auf 16 Meter verbreitert und gemäß gesetzlicher Vorgaben muss die Durchfahrthöhe auf 4,50 Meter erhöht werden.

In die Höhe konnte die Bahn bei der Aufweitung der Durchfahrt allerdings nicht gehen, weil die Lage der Gleise durch den Bahnhof vorgegeben ist. Deshalb wird unter der Brücke die Fahrbahn tiefer gelegt. Dementsprechend ist natürlich auch die gesamte Straße auszubauen; es müssen alle unterirdischen Versorgungsleitungen unter der Brücke erneuert und ebenfalls tiefer gelegt werden.

Ursprünglichen Planungen zufolge sollte die Brücke bereits



Seit fünf Jahren wird im Bereich der Eisenbahnbrücke über die Pankgrafenstraße am Bahnhof Karow gebaut. Derzeit werden Leitungen erneuert und tiefer gelegt. Voraussichtlich erst im Herbst 2024 wird die Unterführung wieder freigegeben. Foto: Bernd Wähler

Ende 2021 wieder passierbar sein. Doch noch immer befindet sich im Brückenbereich eine riesige Baustelle. Den aktuellen Sachstand erfragte deshalb Abgeordnetenhausmitglied Johannes Kraft (CDU) beim Senat. Die Senatsverwaltung holte wiederum Informationen von der Deutschen Bahn (DB) Netz AG ein. Diese ließ mitteilen: „Aufgrund der aktuell vorliegenden Verzögerungen gehen wir derzeit davon aus, dass die Eisenbahnüberführung Pankgrafenstraße/Bahnhofstraße im III. Quartal 2024 wieder für den Straßenverkehr einschließlich Fahrradfahrern und Fußgängern freigegeben werden kann.“

Aber was passiert aktuell und was sind die Ursachen für die Verzögerungen? Dazu lässt die DB Netz AG mitteilen: „Die Berliner Wasserbetriebe erneuern aktuell sämtliche Versorgungsmedien im Bereich der Eisenbahnüberführung.“ Das betrifft Regen- und Trinkwasserleitungen, aber auch Strom- und Gasleitungen werden unter der Brücke vollständig erneuert. Weil diese Arbeiten nicht mehr unmittelbar im Zusammenhang mit den Anlagen der DB Netz AG stehen, hat diese die Leitung der Baustelle im Bereich der Eisenbahnüberführung zum 1. Quartal 2022 an die Berliner Wasserbetriebe übergeben. „Die Übergabe erfolgte auf-

grund von ausstehenden Rest- und Aufräumarbeiten drei Monate später als ursprünglich vorgesehen“, informiert die Senatsverkehrsverwaltung. „Nach Abschluss der Leitungsarbeiten wird die DB Netz AG die Baustelle von den Wasserbetrieben wieder übernehmen.“ Dann stehen die eigentlichen Straßenbauarbeiten an.

Dass sich die Bauarbeiten der Wasserbetriebe nun ebenfalls länger hinziehen als geplant, hat natürlich auch seine Gründe, erfuh Johannes Kraft aus der Senatsverkehrsverwaltung: Die Bauausführung musste aufgrund der vorgefundenen Bodenverhältnisse angepasst werden, heißt es

von den Wasserbetrieben. „Statt der ursprünglich geplanten Spundwandbaugrube mit einer im Düsenstrahlverfahren eingebrachten Sohle wurde zugunsten einer Baugrube mit Bohrpflhwänden mit bewehrter Unterwasserbetonsohle umgeplant.“

Im Rahmen der Arbeiten seien darüber hinaus Hindernisse wie Kabel, Schutzrohre und Rohre anderer Eigentümer vorgefunden worden. Diese waren entweder gar nicht oder anders in den Plänen verzeichnet. Um sie nicht zu beschädigen, mussten zusätzliche Abdichtungen im Düsenstrahlverfahren hergestellt werden.

Datum: 20.06.2023	Medium: Tagesspiegel Online
TAGESSPIEGEL	Autor: Daniel Böldt Thema: Manuela Anders-Granitzki



T+ Radwege in Berlin Diese Strecken sind vom Planungsstopp betroffen

Die Überprüfung des Radwegausbaus dauert in zahlreichen Bezirken noch an. Die Senatsverkehrsverwaltung will zu ihren Vorgaben derweil keine Details nennen.

Von Daniel Böldt
Heute, 07:05 Uhr

Heute, 07:05 Uhr

In Berlin sind **mindestens 18 Abschnitte** von dem vorläufigen Ausbaustopp von Radwegen betroffen. Das geht aus einer Tagesspiegel-Anfrage an alle zwölf Berliner Bezirke hervor. **Die meisten befinden sich in Pankow.** Hier sind nach Angaben von Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki (CDU)** insgesamt elf Strecken betroffen – unter anderem jeweils zwei Teilabschnitte auf der Storkower Straße und der Schönhauser Allee

Manuela Anders-Granitzki, sagte, nicht eine Absage an den Bau von weiteren Radwegen“ interpretiere. Es gehe vielmehr darum, „sichere Radverkehrsverbindungen zu bauen und ein Miteinander aller Verkehrsteilnehmer zu fördern“

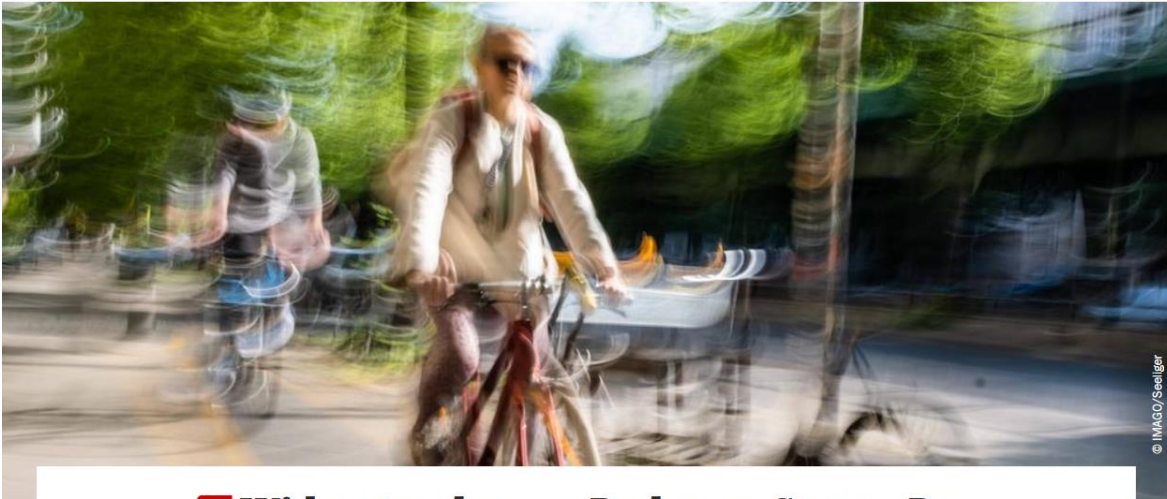
Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/radwege-in-berlin-diese-strecken-sind-vom-planungsstopp-betroffen-10011013.html>

Ihre CDU in Pankow

Datum: 20.06.2023	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Hönicke Thema: Denise Bittner, Johannes Kraft



T+ Widerstand gegen Radwege-Stopp „Das Mobilitätsgesetz wird ad absurdum geführt“

Vor allem das drohende Aus für den Umbau der Schönhauser Allee erzürnt Pankows Lokalpolitik. Die SPD kritisiert die CDU scharf, auch die Grünen wollen ihren Jamaika-Partner zur Rede stellen.

Vor allem das drohende Aus für den Umbau der Schönhauser Allee erzürnt Pankows Lokalpolitik. Die SPD kritisiert die CDU scharf, auch die Grünen wollen ihren Jamaika-Partner zur Rede stellen.

Gegen den angekündigten Radwege-Baustopp des Senats regt sich starker Widerstand im einwohnerstärksten Berliner Bezirk Pankow. Der Streit um neue Radprojekte belastet zudem schon kurz nach dem Start das neue Jamaika-Bündnis aus Grünen...


Denise Bittner: „Die Radwegeplanungen auf den Prüfstand zu stellen ist gut und richtig, denn zu oft priorisieren sie bislang einseitig das Rad und vernachlässigen dabei Fußgänger, Autos und den ÖPNV“, so Bittner. „Dazu müssen auch die Planungen für die Schönhauser Allee zählen, die von Anfang an ideologiegetriebene Prinzipienreiterei waren und billigend in Kauf nahmen, die verschiedenen Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen. „Staus bis weit in den Norden vorprogrammiert“. Die großen Verkehrsachsen müssten „leistungsfähig bleiben – denn auch der Autoverkehr braucht Platz in der Stadt“.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/widerstand-gegen-radwege-stopp-das-mobilitatsgesetz-wird-ad-absurdum-gefuert-10013545.html>

Ihre CDU in Pankow

Datum: 21.06.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner  Morgenpost	Autor: Jens Anker Thema: Dr. Manja Schreiner

HIN UND HER GEHT WEITER

Doch kein Baustopp: Neue Wendung im Radwege-Chaos



Manja Schreiner von der CDU ist neue Berliner Senatorin für Verkehr, Klimaschutz und Umwelt.

Foto: Wolfgang Kumm/dpa

Verkehrssenatorin **Manja Schreiner** (CDU) konkretisiert Planungsstopp. Bereits im Bau befindliche Radwege sollen fertiggestellt werden.

Berlin. Neue Radwege, die bereits im Bau oder fertiggestellt sind, sollen nicht noch einmal überprüft werden. Das stellte **Verkehrssenatorin Manja Schreiner (CDU)** in einem Brief an die Bezirke klar. Alle Radwege, die im Moment im Bau sind, können demnach vollendet werden.

[In den vergangenen Tagen hatte es Irritationen über die angekündigte Überprüfung von Radwegen gegeben.](#) Die Verkehrsverwaltung wollte alle geplanten Wege, durch die Parkplätze oder Fahrspuren entfallen, zunächst stoppen und überprüfen.

Der Planungsstopp hatte scharfe Kritik ausgelöst

[Das hatte erhebliche Kritik ausgelöst](#). Im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses herrschte am Donnerstag ebenfalls Unklarheit darüber, welche geplanten Radwege betroffen sind und auf welcher Grundlage der Planungsstopp erfolgt ist.

„Im Zuge der Überprüfung und Priorisierung der Radverkehrsmaßnahmen wurde von der Leitung der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt entschieden, alle bisher von meiner Verwaltung erteilten Finanzierungs- bzw. Mittelzusagen für das laufende und alle künftigen Haushaltsjahre temporär außer Kraft zu setzen“, heißt es in dem Schreiben der Verkehrsverwaltung.

Allerdings gelten zahlreiche Ausnahmen, die nun in dem Schreiben konkretisiert wurden. Ausgenommen von der Sperre sind Radwege, „für die vor dem heutigen Tag bereits Bau- oder Sanierungsleistungen beauftragt wurden“, heißt es. Auch Radwege, die nach Beschlüssen der der Unfallkommission zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beitragen, sind nicht betroffen, genauso wie Vorhaben, die der Schulwegsicherung dienen.

Es gibt zahlreiche Ausnahmen vom Planungsstopp

Auch die bloße Sanierung von Radwegen kann demnach fortgesetzt werden, wenn sie nicht verbreitert werden. Schon bekannt war, dass Radwege, denen nicht mehr als zehn Parkplätze pro 500 Meter wegfallen oder den ÖPNV und den Wirtschaftsverkehr nicht beeinträchtigen weiter vorangetrieben werden können.

Wie viele Vorhaben konkret betroffen sind, blieb auch am Donnerstag unklar. Die Senatsverwaltung hat die Bezirke beauftragt, bis zum 27. Juni entsprechende Listen vorzulegen. Danach würden die Planungen priorisiert.

[Ob die neue Regelung auch für die Ollenhauer Straße in Reinickendorf gilt, ist unklar](#). Hier ist der Radweg fertiggestellt und sollte eigentlich freigegeben werden. Doch der Bezirk stoppte das Vorhaben auf Grund der Senatsanweisung kurzfristig. Im Hauptausschuss blieb die zuständige Staatssekretärin Claudia Stutz eine Antwort darauf trotz vielfacher Nachfragen schuldig.

Der Bezirk will an der Sperrung des Radweges vorerst festhalten, trotz anderslautender Vorgaben der Verkehrsverwaltung. „Der Bezirk setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, eine vernünftige Lösung für alle in Reinickendorf zu finden“, teilte Verkehrsstadträtin Julia Schrod-Thiel mit. „Dazu braucht es aber Zeit, Geduld und vor allem Überzeugungskraft in jede Richtung – Sorgfalt vor Schnelligkeit muss hier der Grundsatz sein.“

Verwaltung will auch temporäres Parken auf Radwegen prüfen

Nach Informationen der Berliner Morgenpost will Schreiner im Rahmen der Priorisierung auch überprüfen, ob auf bestimmten neuen Radwegen das Parken temporär, zum Beispiel in der Nacht, erlaubt werden soll.

Die Maßnahme der Verkehrsverwaltung hatte massive Kritik ausgelöst, auch, weil die Bezirke möglicherweise Fördergelder für geplante Radwege wegen des Baustopps zurückzahlen müssen. Eine geplante Sondersitzung des Mobilitätsausschusses lehnten die Koalitionsfraktionen ab. Die nächste reguläre Sitzung findet in der kommenden Woche statt.

Die Opposition erneuerte am Donnerstag die Kritik am Vorgehen der Verkehrsverwaltung. Die Linke wäht hinter der Anordnung aus der Verkehrsverwaltung sogar ein rechtswidriges Verhalten der Behörde. Da die Ermächtigung der Bezirke für die Planung und den Bau der Radwege bereits erfolgt sei und eine Rücknahme der Finanzierungszusage nur unter besonderen Umständen durch die Finanzverwaltung erfolgen könne, habe die Verkehrssenatorin kein Recht gehabt, den temporären Stopp zu verfügen, so der Rechtsexperte der Fraktion, Sebastian Schlüsselburg.

CDU und SPD verteidigen das Vorgehen der Verkehrssenatorin

CDU und SPD rechtfertigten das Vorgehen dagegen. Es sei üblich, dass neue Landesregierungen sich einen Überblick über die bestehenden Vorhaben mache und möglicherweise nach den eigenen politischen Überzeugungen neu bewerte, sagten Verkehrsstaatssekretärin Stutz und Finanzstaatssekretärin Tanja Mildenerger.

Dass die Verwaltung bereits jetzt diese Neubewertung vornehme sei ein Zeichen dafür, wie ernst es die neue Regierung mit dem Ausbau der Radwege meine. Unsinnige Planungen der Vorgängerregierung sollen gestoppt, sinnvolle Radwege schnell realisiert werden, so CDU-Haushaltsexperte Christian Goiny.

Bislang sei kein finanzieller Schaden entstanden, heißt es

Offen blieb am Donnerstag auch, ob die geplante Neubewertung nur für Radwege gilt, oder ob auch Vorhaben anderer Verwaltungen auf den Prüfstand und vorerst gestoppt werden. Auch dazu gaben die beiden Staatssekretärinnen trotz mehrerer Nachfragen keine Antwort.

Bislang sei dem Haushalt jedoch kein finanzieller Schaden entstanden, versicherte Staatssekretärin Stutz. Die Überprüfung der Radwegeplanung solle bis zu den Haushaltsberatungen abgeschlossen sein und in den kommenden Doppelhaushalt für die Jahre 2024 und 2025 einfließen.

[Die aktuellen Haushaltsberatungen stehen unter einem erheblichen Einspardruck.](#) Alle Senatsverwaltungen müssen nach den Vorgaben des Finanzsenators Stefan Evers (CDU) Kürzungen der geplanten Ausgaben hinnehmen.

Datum: 23.06.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Lars Bocian

Pankow

„TIEF TRAURIGE LAGE“

Lost-Place-Villa: Deshalb bleibt das Brand-Haus schutzlos **M+**



23.06.2023, 12:23 | Lesedauer: 4 Minuten

Thomas Schubert



Hier schlugen Flammen aus den Fenstern: Pankows Lost Place-Kundler Christian Bormann befürchtet seit Monaten den Zusammenbruch der Villa vor Schönholz. Nun trat der bislang schwerste Schaden ein. Foto: Thomas Schubert / Berliner Morgenpost

Sorge vor neuen Feuern: Bezirk Pankow will im Fall der Villa vor Schönholz nicht einschreiten – denn nun kommt die Lösung aus Afrika.

„Hier könnte es mitten in Berlin einen Waldbrand geben“, warnt der CDU-Abgeordnete Lars Bocian, der gemeinsam mit dem Heimatkundler Christian Bormann seit Monaten für eine Rettung der Villa kämpft.

Lieber Leser,
ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article238767239/lost-place-sambische-villa-brand-haus-bleibt-schutzlos.html>

Datum: 24.07.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

Erholung, Entspannung, Begegnung

FRANZÖSISCH BUCHHOLZ: Der Hugenottenplatz wird dreigeteilt / Bürgerbeteiligung geht weiter

von Bernd Wähler

Der Hugenottenplatz wird umgestaltet. Die Jury entschied sich nach einem Landschaftsarchitekturwettbewerb nun für einen Entwurf, der künftig Erholung, Entspannung und Begegnung verbinden will.

Mit 400 000 Euro aus dem Berliner Plätzeprogramm soll die Aufenthaltsqualität des Hugenottenplatzes verbessert werden. In den Umgestaltungsprozess waren Bürger von Anfang an einbezogen worden. Durch das Büro „Pankow beteiligt“, die bezirkliche Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung, ist Anfang des Jahres zunächst eine Bürgerbeteiligung durchgeführt worden. bei der Passanten auf dem Platz befragt wurden. Außerdem hatte man die Möglichkeit, sich an einer Online-Befragung auf www.mein.berlin.de zu beteiligen. Die Ergebnisse dieser Befragung flossen in die Ausschreibung für den folgenden Wettbewerb der Landschaftsarchitekturbüros mit ein. Die teilnehmenden Büros waren aufgefordert, eine Entwurfsidee für die Platzgestaltung sowie ein Konzept zum weiteren Beteiligungsprozess einzureichen.

Drei Landschaftsarchitekturbüros stellten ihre Entwürfe denn im Rahmen einer Bürgerversammlung am 10. Mai auf dem Hugenottenplatz rund 100 Per-



Viel Stein, wenig Schatten. Der Hugenottenplatz mit dem Kissen-Brunnen sieht ziemlich trist aus. Er soll nun so aufgewertet werden, damit man sich gern länger dort aufhält. Foto: Bernd Wähler

sonen vor. Anschließend wurden diese Entwürfe kommentiert und diskutiert.

„Wir freuen uns, dass sich so viele Anwohnerinnen und Anwohner an der Umgestaltung des Hugenottenplatzes beteiligen konnten und dadurch sichergestellt wird, dass das Ziel der Belebung des Platzes erfolgreich umgesetzt werden kann“, sagt die Stadträtin für

Ordnung und Öffentlichen Raum, Manuela Anders-Granitzki (CDU). „Der Hugenottenplatz soll zu einem Ort werden, auf dem sich unterschiedliche Generationen begegnen können und gern ihre Zeit verbringen.“


Nun traf die Fachjury ihre Entscheidung. Der Gewinnerentwurf der Firma Zplus Landschaftsarchitektur steche be-

sonders durch die Gestaltung des Platzes mit einer zentralen begrünzten Fläche hervor, durch die eine Dreiteilung des Areals entsteht. Es sollen eine offene Fläche für Veranstaltungen, ein grüner Teppich – der sogenannte „Gobelin“ – sowie ein Dreieck im nördlichen Teil des Platzes entstehen. Dadurch entstünden Bereiche, die zur Erholung und Entspannung einladen sowie Begegnungen

von Anwohnern ermöglichen, lobte die Fachjury.

Das Büro Zplus wird über die Sommermonate mehrere Beteiligungsworkshops durchführen und den Entwurf weiter ausarbeiten.

Informationen zu diesen Workshops und zum weiteren Verfahren finden sich auf <https://mein.berlin.de/vorhaben/2023-00649/>.

Datum: 24.06.2023	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: Peter Neumann Thema: Dr. Manja Schreiner

Streit um die neue Verkehrspolitik: Berlin droht ein Sommer des Zorns

Die Mobilitätswende hat gerade erst begonnen, da stutzt der Senat sie auf eine Light-Version zurecht. Das nehmen viele Berliner nicht hin. Zu Recht. Ein Kommentar.

[Peter Neumann](#)

Willkommen in der Wirklichkeit! Für die Neuen sind harte Zeiten angebrochen. Wenige Wochen nach ihrem Amtsantritt erleben die neue Verkehrssenatorin [Manja Schreiner](#) und ihre Staatssekretärin Claudia Elif Stutz, dass ihre Schonfrist abgelaufen ist. [Nachdem sie alle Radverkehrsprojekte in Berlin anhalten ließen, um sie auf ihre Auswirkungen auf den Autoverkehr hin überprüfen zu lassen](#), stehen die beiden Christdemokratinnen im Kreuzfeuer, und es sieht so aus, als werde das erst einmal so bleiben. Es ist ein verpatzter Start, für den es nicht viele andere Beispiele gibt.

Eigentlich ist es nicht ungewöhnlich, dass nach einem Richtungswechsel eine Bestandsaufnahme stattfindet. Seit 2016 stand die Senatsverkehrsverwaltung unter grüner Ägide, nach einer demokratischen Wahl ist sie Ende April an die CDU gegangen. Es wäre überraschend, wenn die Neuen den alten Kurs eins zu eins fortsetzen würden.

Schließlich haben Umfragen gezeigt, dass ein großer Teil der Wähler offenbar bewusst ein Zeichen gegen grüne Verkehrspolitik setzen wollte. Viele Berliner fühlten sich dadurch provoziert, als die Friedrichstraße wieder autofrei wurde. Pkw-Nutzer ärgern sich, dass aus Autofahrstreifen oder Autostellplätze Radfahrstreifen geworden sind – auf denen aber zumal in Außenbezirken oft nur wenige Radfahrer unterwegs sind. [Neben manchen neuen Radverkehrsanlagen stehen auch Busse im Stau](#). Kantstraße und Unter den Eichen sind zwei Straßen, die in diesen Zusammenhängen oft genannt werden.

[Wer lesen kann, wusste, was auf Berlins Radfahrer zukommt](#)

Die Mobilitätswende hat in Berlin kaum und auch nur zaghafte begonnen, da macht sich schon Wechselstimmung breit. Dass die CDU nun Gravierendes ändern wird, hat sie deutlich kommuniziert. „Die Menschen verstehen nicht, warum Straßen, auf denen kaum Radfahrer unterwegs sind, auf beiden Seiten alle Parkplätze verlieren sollen, damit dort 2,50 Meter breite Radwege entstehen. Sie wissen nicht, wo sie künftig parken sollen. Warum müssen Radwege so breit sein? Reichen für die Sicherheit nicht auch andere Standards aus?“ sagte Kai Wegner, der inzwischen Regierender Bürgermeister von Berlin ist, im Dezember. Er kündigte an, dass das Mobilitätsgesetz geändert wird. „Ich werde einige Radwegprojekte in Frage stellen“, erklärte [Manja Schreiner](#), ebenfalls im Interview mit der Berliner Zeitung, im Juni. Das war unmissverständlich.

Kai Wegner ist der Berliner Ober-Verkehrspolitiker

Dass die nächste Phase im Kulturkampf um die Mobilität so chaotisch gestartet ist, überrascht dann aber doch. Am 15. Juni wurde ein Senatsschreiben bekannt, wonach Radverkehrsprojekte, für die auch nur ein Autostellplatz wegfallen müsste, angehalten werden. Darauf angesprochen, wand sich die Senatorin und sagte, dass sie mit der Mail nichts zu tun habe – was intern nicht gut ankam. [Da hatte ihre Haushaltsabteilung längst bekräftigt, dass der Geldhahn für alle Vorhaben vorerst zugedreht bleibt.](#)

Noch ein Beispiel: [In der Ollenhauerstraße in Reinickendorf ließ das Bezirksamt einen Radfahrstreifen, der sieben Jahre nach dem Beschluss des Bezirksparlaments nun endlich für 280.000 Euro angelegt worden ist, ungültig machen.](#) Dabei müsste er selbst nach Schreiners Maßstäben ans Netz gehen. Eigentlich ein Fall für den Rechnungshof – aber die Senatorin überlässt das peinliche Thema lieber dem Bezirk. Wobei sich ohnehin schon der Eindruck verfestigt hat, dass der Regierende Bürgermeister Wegner der eigentliche Ober-Verkehrspolitiker in Berlin ist und die Fäden in der Hand hält.

Mehrere Millionen Euro Fördergeld drohen zu verfallen

Um den Koalitions-Honeymoon nicht zu stören, hielt sich die SPD bislang zurück. Aber auch dort grummelt es immer vernehmlicher. Nicht so sehr wegen der Radwege, auch wenn öffentlich andere betont wird. Doch dass auch Straßenbahnprojekte auf der Kippe stehen, hat bei den Sozialdemokraten Unruhe ausgelöst. Kürzlich merkte der SPD-Verkehrspolitiker Tino Schopf bei einer Podiumsdiskussion an, es habe ihn „irritiert“, dass die geplanten Strecken zum Potsdamer und Hermannplatz überprüft werden sollen. Dass dies so im neuen Koalitionsvertrag steht, sei jedenfalls nicht auf die Fachverhandlungsgruppe, die sich mit dem Verkehr befasste, zurückzuführen.

Dass die Radlobby und andere Verfechter der Mobilitätswende protestieren, hätten **Schreiner** und Stutz erwarten müssen. Dafür gerüstet sind sie offenbar nicht. Dabei steht Vorhaben, die über Jahre mühsam erkämpft, vorbereitet und geplant worden sind, das Aus bevor. Das macht viele wütend, zu Recht. Mehrere Millionen Euro Fördergeld drohen zu verfallen. Das ebenfalls hart errungene Mobilitätsgesetz, dessen Umsetzung endlich begonnen hat, soll entkernt werden – auch das wird noch zu vielen Demos führen. Zu hören ist zudem, dass Fußverkehrsprojekte ebenfalls auf dem Prüfstand stehen.

Dem neuen Senat gehe es um sichere Radwege, betont Kai Wegner. Aber bitte nicht immer so breit. Die Große Koalition muss nun zeigen, wie die Mobilitätswende light konkret im Einzelfall aussehen soll. Sonst kann sie sich auf einen Sommer des Zorns einstellen.

Datum: 24.07.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki



Die Vorstände von Vereinen, die das Sommerfest gemeinsam organisierten, stellten auf dem Fest kurz ihre Vereine und deren Arbeitsschwerpunkte vor. Foto: Bernd Wähler

Engagement für das Gemeinwohl

PANKOW: Die Vereine sind eine Heimat für viele Ehrenamtliche

Von Bernd Wähler

Die Vereine des Bezirks sind gut vernetzt und nehmen auch in diesem Jahr viele Projekte in Angriff.

Das wurde beim diesjährigen Sommerfest der Pankower Vereine im Hof des Rathauses deutlich. Bis Corona gab es einen traditionellen Neujahrsempfang, doch als der wegen der Pandemie nicht mehr möglich war, entschloss man sich, stattdessen ein Sommerfest auszurichten. Mit dem Veranstaltungsort machten die Vereine zugleich ihre Verbundenheit mit der Bezirkspolitik deutlich. Und die stellvertretende Bürgermeisterin Manuela Anders-Granitzki (CDU) wies ihrerseits in ihrem Gruß-

wort darauf hin, wie wichtig die Pankower Vereine für das Gemeinwohl im Bezirk sind und bedankte sich für deren Engagement.


Chance mit Politikern ins Gespräch zu kommen

Vertreter von über 25 Vereinen nutzten das Sommerfest, um miteinander, aber auch mit Politikern aus der Bezirksverordnetenversammlung, dem Bezirksamt und dem Abgeordnetenhaus ins Gespräch zu kommen. Mit dabei waren unter anderem Mitglieder der neu gegründete Partnerschaftsverein Pankow – Riwne, der Verein SprachCafé Polnisch, der Verein unternehmerinnen plus – der im Herbst sein 20-jähriges Bestehen fei-

ert – und der Bürgerverein Dorf Rosenthal, der sich auf den nunmehr 50. Rosenthaler Herbst im September freut.

Zu den Gastgeber des Sommerfestes im Rathaushof gehörten neben dem Tourismusverein Berlin-Pankow und dem Verein Für Pankow zum Beispiel auch der Bürgerverein Französisch Buchholz, der Verein Weißenseer Heimatfreunde, der Vereine Dorf Blankenfelde, der Verein Freunde Kolbergs sowie der Verein Freundeskreis der Chronik Pankow, um nur einige zu nennen.

Mehr zu den Vereinen ist auf ihren Internetseiten zu erfahren, die man auf der Seite des Bezirksamtes findet: www.berlin.de/ba-pankow/service/artikel.118027.php.

Datum: 25.06.2023	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: Peter Neumann Thema: Dr. Manja Schreiner

Radwegeausbau gestoppt: Umwelthilfe zieht gegen Verkehrssenatorin Schreiner vor Gericht

Der Deutschen Umwelthilfe geht es um den fast fertigen Radweg in der Ollenhauer Straße in Reinickendorf. Die Verkehrssenatorin erklärte ihn vor ein paar Tagen als ungültig.

Berlin-Die Deutsche Umwelthilfe will juristisch gegen mögliche Einschränkungen beim Radwegeausbau in Berlin vorgehen. Konkret droht die Umwelthilfe mit einem Eilantrag vor dem Verwaltungsgericht, sollte der bereits fertiggestellte [Radweg auf der Ollenhauer Straße in Berlin-Reinickendorf](#) nicht bis Montag, 3. Juli, für den Radverkehr freigegeben werden.

Zusätzlich habe die DUH über eine betroffene Mitarbeiterin Akteneinsicht in den Verwaltungsvorgang beantragt. „Es wird erwartet, dass die Sperrung ausschließlich mit politischen Gründen zusammenhängt und sich keine neuen Sachgründe ergeben haben, die eine Sperrung des fertiggestellten Radwegs begründen könnten“, teilte die DUH am Sonntag mit.


Hintergrund ist die Mitteilung der Verkehrsverwaltung, bestimmte Radverkehrsprojekte sollten nicht weiter verfolgt werden. Das gelte für solche, die den „Wegfall von Fahrstreifen, Bussonderfahrstreifen oder sonstigen Einschränkungen des ÖPNV“ beziehungsweise eine „erhebliche Beeinträchtigung von Wirtschafts- und Lieferverkehr“ zur Folge hätten oder für die mehrere Autostellplätze wegfallen müssten.

[Der geplante Radweg in der Ollenhauer Straße ist bereits fast fertig](#)

Die Verkehrssenatorin **Manja Schreiner** (CDU) steht seit dem Vorstoß massiv in der Kritik. Die Verkehrsverwaltung betonte zuletzt, dass nun [eine Bestandsaufnahme bei Radwegeprojekten](#) vorgenommen werden soll.

Der geplante Radweg in der Ollenhauer Straße geriet zuletzt besonders in den Fokus, weil er bereits fast fertig war. Die weißen Zeichen auf dem Asphalt, die den Radweg markieren sollten, wurden inzwischen mit gelben Kreuzen überklebt - hier sollen keine Räder mehr fahren, stattdessen dürfen wieder Autos parken.

„Der Ausbaustopp sicherer Radwege ist ein Schlag ins Gesicht für die Millionen Menschen, die regelmäßig mit dem Rad in Berlin unterwegs sind“, sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch laut Mitteilung. „Dass ein fertiggestellter Radweg nicht in Betrieb genommen wird, ist ideologischer Wahnsinn.“ Für den 2. Juli ruft die DUH zu einer Fahrraddemo auf.

Datum: 26.06.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner  Morgenpost	Autor: Birgit Lotze Thema: Dr. Manja Schreiner

NACH SCHREINER-CHAOS

Streit um Radwege: Was Wegner jetzt angekündigt hat **M+**

Aktualisiert: 26.06.2023, 06:00

Birgit Lotze

Kai Wegner (CDU), Regierender Bürgermeister von Berlin, will keine ideologische Verkehrspolitik, einseitig gegen Autofahrer.

Foto: Michael Bahlo / dpa

Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner hat gegenüber der Berliner Morgenpost erklärt, wie es bei den Radwegen weitergehen soll.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

Datum: 27.06.2023	Medium: Berliner Woche online
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

Bezirk verlieh den Pankower Umweltpreis 2023



BV-Vorsteher Oliver Jütting (links) und die Verordnete Jaana Stiller (2. von links) überreichten gemeinsam mit Manuela Anders-Granitzki (rechts) den Hauptpreis des Pankower Umweltpreises an Simone Kappelmann und Christian Strube vom Robert-Havemann-Gymnasium. • Foto: Bernd Wähler • hochgeladen von Bernd Wähler

Mit dem diesjährigen Pankower Umweltpreis, der „Goldenen Kröte“, ist der Fachbereich Naturwissenschaften des Karower Robert-Havemann-Gymnasiums ausgezeichnet worden.

Der Wettbewerb um den Umweltpreis 2023 stand unter dem Motto „Pankow spart Energie und andere Ressourcen – Wer macht was?“. Bewerben konnten sich Initiativen und Projekte, die Ideen zum sparsamen Umgang mit Energie und anderen Ressourcen umsetzen. Ausgelobt wurde der Umweltpreis gemeinsam von der BVV und dem Bezirksamt. Eine Jury wählte aus den Wettbewerbseinreichungen einen Hauptpreisträger sowie weitere drei Preisträger aus. Einstimmig entschieden sich die Jury, den Fachbereich Naturwissenschaften des Karower Robert-Havemann-Gymnasiums mit dem mit 1500 Euro dotierten Hauptpreis und dem Wanderpreis „Goldene Kröte“ auszuzeichnen. In ihrem Projekt „Energiesparen in Schulen“ untersuchten 26 Schüler eines Physikleistungskurses, ob die empfohlenen Richtwerte für Raumtemperaturen in ihrem Gymnasium eingehalten werden, berichtet Jaana Stiller (Linksfraktion) in ihrer Laudatio auf den Preisträger.

Die Schüler mussten feststellen, dass die Temperaturen in allen Räumen über dem empfohlenen Richtwert von 20 Grad lagen. Auch auf den Fluren, in der Mensa und in der Cafeteria war es deutlich zu warm. Sogar nachts und an den Wochenenden war keine Absenkung der Temperatur im Schulhaus feststellbar. Die Schüler kamen zu dem Fazit, dass die Beheizung entsprechend umgestellt werden muss.

Eine weitere Untersuchung mit Wärmebildkameras deckte außerdem auf, dass viele Heizkörper defekt und Fenster undicht waren. Die Mängel wurden an den Hausmeister und der Schulleitung gemeldet, die für Abhilfe sorgten. Darüber hinaus erfolgte eine schulinterne Lehrkräftefortbildung, mit der die Pädagogen für das Thema Energieeinsparung sensibilisiert wurden.


Vorbild für andere Schulen

Inzwischen wurde das Thema „Energiesparen in Schulen“ zu einem festen Bestandteil des Unterrichts am Robert-Havemann-Gymnasium. Dadurch werden regelmäßig die Temperaturen im Schulhaus analysiert, defekte Heizkörper und undichte Fenster identifiziert. „Das Unterrichtsmaterial und die Messinstrumente können nun mithilfe der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie auch in anderen 23 Grund- und Oberschulen eingesetzt werden“, berichtet Jaana Stiller. Auch wegen dieser Vorbildfunktion für andere Schulen entschied sich die Jury, dem Fachbereich Naturwissenschaften des Robert-Havemann-Gymnasiums den Hauptpreis zuzusprechen.

Diese drei weiteren Umweltpreisträger erhalten jeweils 500 Euro Preisgeld: Ausgezeichnet wurde das Büro unbekannt Berlin (www.buerounbekannt.com/). Inhaber Dominik Steinmann wertet in seinem Projekt gebrauchte Gegenstände ressourcensparend auf. So stellt er zum Beispiel aus alten, gepolsterten Türen aus DDR-Kliniken designte Couches her. Die Kleiderkammer in der Dunckerstraße 14 verteilt seit über 20 Jahren gebrauchte, aber noch gut erhaltene Bekleidung an bedürftige Menschen. Auch dieses engagierte Recyclingprojekt wurde mit dem Umweltpreis ausgezeichnet.

Ebenfalls mit dem Umweltpreis wurde das Projekt "A Matter of Fruit" (<https://a-matter-of-fruit.org/>) geehrt. Dieses stellt aus den Resten der Apfelsaftherstellung ein Material her, das von seiner Optik und von seinem Charakter her Papier, Plastik oder Leder ähnelt.



Datum: 27.06.2023	Medium: Morgenpost
Berliner  Morgenpost	Autor: Thema: Dirk Stettner

Schwarz-Rot will Wahlalter mit 16 nach Sommerpause angehen

27.06.2023, 06:23 | Lesedauer: 2 Minuten



Ein Mann wirft seinen Stimmzettel in eine Urne.

Foto: Julian Stratenschulte/dpa/Symbolbild

Schwarz-Rot will sich die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre nach der Sommerpause vornehmen. Aus Sicht der CDU braucht es außerdem zusätzliche Maßnahmen, um Jugendliche an die Demokratie heranzuführen. Die Grünen sehen den Zeitplan der Regierung kritisch.

Berlin (dpa/bb). Die schwarz-rote Regierungskoalition will die Absenkung des Wahlalters in Berlin auf 16 Jahre nach der parlamentarischen Sommerpause angehen. Bei der letzten Abgeordnetenhaussitzung an diesem Donnerstag vor der Pause werde das Thema nicht mehr behandelt, sagte CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** der Deutschen Presse-Agentur.

Aus Sicht der CDU ist es mit der Änderung des Wahlalters, für die sich bei den Koalitionsverhandlungen die SPD stark gemacht hat, außerdem nicht getan. Man wolle schnellstmöglich alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um Jugendliche stärker an Demokratie teilnehmen zu lassen, sagte der CDU-Politiker. „Das geht aber deutlich über den einfachen Austausch einer Zahl hinaus. Also nicht nur: Ich streiche eine 8 und schreibe eine 6 hin.“

Derzeit können 16- und 17-Jährige in Berlin nur bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen abstimmen. Das Wahlalter 16 für die Landesparlamente gilt bereits in fünf der 16 Bundesländer, darunter in Brandenburg - aber noch nicht in der Hauptstadt.

Stettner sagte, CDU und SPD hätten im Koalitionsvertrag vereinbart, sich intensiv mit dem Thema Jugend und Demokratie zu beschäftigen. „Wir müssen es besser hinbekommen, für die Beteiligung von Jugendlichen an demokratischen Prozessen zu werben.“ Es gehe darum, zum Beispiel demokratische Institutionen besser zu erklären. „Das werden wir gemeinsam mit der Absenkung des Wahlalters tun“, so der CDU-Fraktionschef. „Und das werden wir nach der Sommerpause schnellstmöglich umsetzen.“

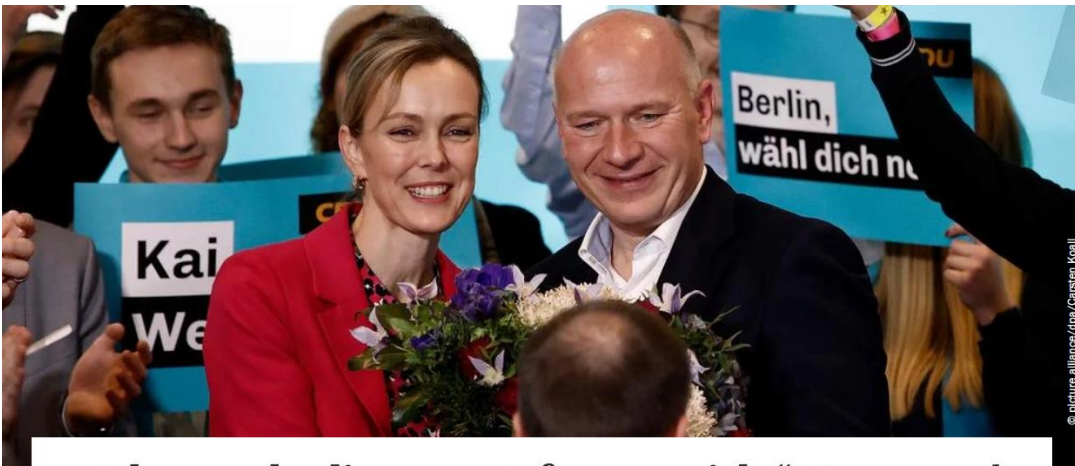
Ein Ziel müsse sein, Jugendliche zum Beispiel mit Parlamentsmitgliedern zusammenzubringen. „Wir möchten die Jugendlichen ins Parlament reinholen. Wir möchten, dass jeder Berliner Jugendliche einmal im Abgeordnetenhaus gewesen ist und dort diskutiert hat“, sagte **Stettner**. „Wir möchten auch darüber nachdenken, wie wir die Jugendparlamente stärken können, die es in Berlin gibt. Das sind Punkte, die wir flankierend zur Herabsetzung des Wahlalters auf 16 einbringen werden.“

Darüber solle nicht nur mit der SPD, sondern auch mit den Grünen noch gesprochen werden, kündigte **Stettner** an. „Das war vor der Sommerpause schlichtweg nicht zu schaffen.“ Für die Absenkung des Wahlalters ist eine

Verfassungsänderung nötig, der zwei Drittel der Abgeordneten zustimmen müssen.

Grünen-Fraktionsvorsitzende Bettina Jarasch kritisierte: „Schwarz-Rot bleibt seiner Linie als Ankündigungsregierung treu. Die Koalition hatte versprochen, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken und die Verfassungsänderung vor der Sommerpause einzubringen.“ Es sei schon ein besonderes Trauerspiel, dass CDU und SPD nicht einmal das einzige „Fortschrittsprojekt der Rückschrittskoalition“ hinbekämen. „Für die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit stehen wir Grüne zur Verfügung“, sagte Jarasch. „Die verfassungsändernde Mehrheit ist also gegeben. Auch der Gesetzentwurf liegt längst vor.“

Datum: 27.06.2023	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Hönicke Thema: Dr. Manja Schreiner



„Ich verstehe die ganze Aufregung nicht“ Wegner und Schreiner verteidigen Vorgehen rund um Radwegestopp

Berlins Regierender betonte, es brauche einen „Kurswechsel“ weg von der Verkehrspolitik von Rot-Grün-Rot. Die neue Verkehrssenatorin sagte, sie führe nun eine „Bestandsaufnahme“ durch.

Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner und **Verkehrssenatorin Manja Schreiner** (beide CDU) haben das Vorgehen rund um den Planungsstopp von Radwegen am Dienstag verteidigt. Wegner sagte in der Senatspressekonferenz, er verstehe die ganze Aufregung nicht. „Wir machen das, was eine neue Regierung immer machen sollte: Wir überprüfen, was die Vorgängerregierung gemacht hat und dann wollen wir eine Priorisierung hinbekommen.“

Mit Blick auf die [Kritik der Grünen](#), die bis zum Regierungswechsel für das Verkehrsressort zuständig waren, sagte er: „Die verkehrspolitische Bilanz nach sechs Jahren Grünen-Beteiligung ist alles andere als gut in der Stadt.“ Wenn die Verkehrspolitik der vergangenen Jahre so beliebt gewesen wäre, dann würde er wohl nicht Regierender sein. Die Bilanz, die die vorherige Verkehrssenatorin Bettina Jarasch (Grüne) hingelegt habe, werde man „locker überbieten“.

Wegner sprach von einem „Kurswechsel“: Rot-Grün-Rot sei nicht mehr im Amt und „selbstverständlich“ gebe es in vielen Bereichen in dieser Stadt einen „Kurswechsel“. „Jetzt sind Dinge möglich, die vorher nicht möglich waren.“ Andere Dinge, die man viel zu lange hingenommen habe, seien nicht mehr möglich.

Welche Radwege zuerst geprüft werden sollen

„Wir wollen mehr Radwege bauen, wir wollen sichere Radwege bauen, wir wollen flexibler und in der ganzen Stadt bauen“, sagte Verkehrssenatorin Manja Schreiner.

Zur Überprüfung bestehender Radwegsplanungen sagte sie: „Ich gucke mir das ja nicht an, um einen Stopp zu verhängen“. Bevor man einen Stopp mache, müsse man erstmal prüfen. Vorher habe es keine Zielbeschreibung gegeben, da sei allein Schnelligkeit das Kriterium gewesen. Die Radwege, bei denen die Bauphase bereits begonnen wurde oder unmittelbar bevorstehe, werde man priorisiert prüfen.

„Was ich mache, ist eine Bestandsaufnahme“, sagte Schreiner. Sie verstehe, dass die Bezirke Planungssicherheit bräuchten. Man arbeite daher unter Hochdruck. Es gehe nicht nur darum, neue Radwege in den Fokus zu nehmen, sondern auch bestehende. Man wolle hierbei insbesondere den Blick auf Unfallschwerpunkte an Kreuzungsbereichen richten. Der Prozess, Sicherheit an Kreuzungen zu erreichen, müsse beschleunigt werden. Dafür soll im Juli ein Taskforce-Treffen in ihrem Haus stattfinden, kündigte Schreiner an.

Zur Aufteilung der Verkehrsräume sagte Schreiner: „Wir brauchen mehr Flexibilität.“ Verkehrsplaner könnten keine flexiblen Lösungen finden, wenn Gehweg pauschal die Breite von drei Metern haben müssten, Radwege die Breite von 2,50 Metern.

Die Senatorin äußerte Selbstkritik an der Art und Weise, wie ihr Haus die Maßnahmen kommuniziert hat: „Ich habe mir die Kommunikationsstrategie nicht ausgesucht“, sagte Schreiner. Bereits zuvor hatte sie gesagt, die ursprüngliche E-Mail, die für Unruhe in den Bezirken gesorgt hatte, vorab nicht gekannt zu haben.

Es sei nicht ihr Anspruch, jede E-Mail zu autorisieren. Man könne aber sicherlich gucken, wie man interne Prozesse anpassen könne, wenn ein Mitarbeiter sich nicht sicher sei. Zur anschließenden Kommunikation rund um die fehlerhafte E-Mail sagte sie: „So ganz funktioniert hat es zugegebenermaßen nicht.“

Datum: 29.06.2023	Medium: Tagesspiegel Pankow Newsletter
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Hönicke Thema: Manuela Anders-Granitzki

Zäune gegen Wildbader: Ufer des Weißen Sees wird bald abgesperrt. Das Wildbaden an Pankows Problemsee soll bald ein Ende haben: Das arg ramponierte Ufer des Weißen Sees wird mit Zäunen abgesperrt. „Unser Kernanliegen ist, das gesamte Ufer zu renaturieren“, erklärte die zuständige Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) auf Tagesspiegel-Nachfrage

Auf eine Kleine Anfrage der Linken-Bezirksverordneten **Jaana Stiller** präzisierte Anders-Granitzki, wie das eigentlich verbotene Baden an den inoffiziellen Stellen eingedämmt werden soll: „Wenn die Sanierung der Uferbereiche ansteht, werden diese durch Zäune gesichert.“

Einen genauen Termin dafür nannte die Stadträtin nicht – allerdings dürfte damit im nächsten Jahr zu rechnen sein. Die Sanierung des gesamten Parks am Weißen See mit Bundesmitteln soll schrittweise erfolgen und Anfang Juli starten. Weitere Etappen sind für 2024 geplant – die Uferzone steht dabei im Mittelpunkt des Vorhabens. Inzwischen arbeitet ein Umweltplanungsbüro an einer „Uferkonzeption“ für den Bezirk.

Der Weiße See leidet unter vielen Problemen. Der Pegel sinkt seit Jahren, weil auch künstliche Zuleitung den Wasserverlust durch Verdunstung nicht ausgleichen kann. Immer neue Uferbereiche werden dadurch freigelegt. Aufgrund der Übernutzung des beliebten [Badesees](#) und des unerlaubten Badens außerhalb des Strandbads sind inzwischen große Teile der Vegetation zerstört. Hier will der Bezirk nun gegensteuern.

Die entscheidende Frage wird sein, inwieweit die vorgesehenen Zäune die Menschen künftig tatsächlich vom Wildbaden abhalten. Angesichts von bis zu 4000 Badewilligen zu Spitzenzeiten im Sommer verwies Anders-Granitzki erneut auf fehlendes bezirkliches Personal für flächendeckende Kontrollen.

Seit kurzem hat der Bezirk allerdings die private Firma „Think-SI³“ mit „Kontrollgängen“ im Park am Weißen See beauftragt. Auch in Bürgerpark, im Schlosspark Schönhausen, im Mauerpark und am Falkplatz soll diese die Regeln durchsetzen. Dazu werde für jeden Park „ein individuelles Einsatzkonzept“ erstellt – in Abstimmung mit der Polizei und dem Ordnungsamt. Man wolle „ganz gezielt unsere Parkregeln sowie deren Sinn vermitteln“, so Anders-Granitzki. Man wolle „Akzeptanz“ für etwa das Wildbade- und Grillverbot schaffen.

Um die Menschenströme nach Jahrzehnten des uferlosen Planschens in geregelte Bahnen zu lenken, soll Pankows bekanntestes Gewässer eine zweite offizielle Badestelle neben dem Strandbad bekommen. Darauf hat sich das Pankower Bündnis Grüne-CDU-FDP festgelegt. Stadträtin Anders-Granitzki hält das für eine „gute Idee“, gibt jedoch zu bedenken: „Inwieweit weitere Badestellen entstehen können, ist von verschiedenen Voraussetzungen abhängig.“ Zunächst einmal werde geprüft, ob das rechtlich zulässig sei. Darüber hinaus müssten personelle, bauliche und technische Fragen geklärt werden.

Zur Frage, wie das restliche Ufer „naturnah“ umgestaltet werden kann, hat das Umwelt- und Naturschutzamt bereits ein qualifiziertes Umweltplanungsbüro beauftragt.

„Dessen Aufgabe ist es, die mittlerweile stark erodierte Uferböschung durch ingenieurbioologische Bauweisen dauerhaft zu stabilisieren und mit angepasster Ufervegetation auf natürliche Weise zu festigen“, erklärt Anders-Granitzki. Das sei „dringend notwendig, um die in Konkurrenz zueinander stehenden Nutzungsansprüche miteinander in Einklang zu bringen“.

Im ersten Planungsschritt soll nun eine „Uferkonzeption“ erstellt werden. „Diese wird im weiteren Prozess unter Integration der anderen Modernisierungsvorhaben im Park (Instandsetzung der Beleuchtung und des Wegenetzes) weiter präzisiert“, so die Stadträtin. Während der Konzeptions- und Entwurfsphase sollen Bürgerinnen und Bürger ihre Vorstellungen mit in die Planungen einfließen lassen können.

Kritik am Grünflächenamt: Gemeinschaftsgarten im Blankensteinpark "schlichtweg nicht erwünscht". Das Ringen um die Zukunft des Gemeinschaftsgartens im Blankensteinpark geht weiter. Am Montag traf sich der Verein „Kunst & Gemüse“ mit Vertretern des Bezirksamts vor Ort. Dabei sollte erörtert werden, wie die bereits ausgelaufene Kooperationsvereinbarung für das Urban-Gardening-Pilotprojekt verlängert werden kann. Derzeit pflegen die Vereinsmitglieder ihre Beete ohne Vertragsgrundlage mit dem Bezirk.

Als „sehr erfolgreichen Termin“ wertete die zuständige Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) das Treffen. Sie sprach von „einer großen Kompromissbereitschaft und von Verständnis aller Beteiligten“. Alle offenen Punkte wurden demnach besprochen und „gemeinsame Lösungen gefunden“. Man warte nun auf das neue Gesamtkonzept vom Verein, „um dieses in die neue Kooperationsvereinbarung einfließen zu lassen“.

Etwas anders hat das der Verein „Kunst & Gemüse“ erlebt. Dessen Vertreterin **Doreen Bialas** erklärte, dass sich zwar Anders-Granitzki und der anwesende Baustadtrat **Cornelius Bechtler** (Grüne) sehr engagiert und kompromissbereit gezeigt hätten. Auch der bezirkliche Denkmalschutz sei sehr entgegenkommend gewesen. Doch die direkte Bearbeiterin ihres Falls im Straßen- und Grünflächenamt (SGA) sei sehr ablehnend aufgetreten und hätte auch ihre Stadträtin öffentlich in die Schranken gewiesen, berichtet Bialas: „Sie stellt immer neue Forderungen, die dann aber aus anderen Gründen nicht erfüllt werden können.“

So sollten etwa die Wasserspeicher von den denkmalgeschützten Bauten abgerückt werden, obwohl der Denkmalschutz selbst dies nicht für notwendig halte. „Dann aber würden die Speicher die Sichtachse stören, also müssten sie ganz weg“, sagt Bialas. „Das war schon sehr emotional teilweise.“

So hat dies auch der ebenfalls anwesende Bezirksverordnete **Mike Szidat** (SPD) in Erinnerung. „Während der Fachbereich Denkmalschutz und auch die Stadträtin durchaus bemüht waren, konstruktive Vorschläge zu machen und Kompromisslösungen zu finden, zeigte die Vertreterin des Grünflächenamtes unter dem Deckmantel des vehementen Denkmalschutzes wenig Interesse an einer Einigung und erklärte verwaltungstypisch lediglich, was alles nicht geht“, kritisiert er.

Strittig ist insbesondere noch die Laufzeit eines möglichen neuen Kooperationsvertrags. Die SGA-Bearbeiterin habe darauf bestanden, dass der Vertrag nur bis zum Ende des Jahres verlängert werden solle. „Aber das nützt uns wenig, wir brauchen ja Planungssicherheit“, sagt Bialas. Auch eine automatische Verlängerung sei abgelehnt worden. Als Grund sei die bevorstehende Neugestaltung des gesamten Blankensteinparks genannt worden. Bialas: „Das ist aus unserer Sicht vorgeschoben.“

Die Begründung für die sehr kurze Vertragslaufzeit erscheint auch Szidat „wenig glaubhaft“. Die angeführte Planung und Umgestaltung des Blankensteinparks binnen eines Jahres durchzuführen, „wäre ein geradezu sensationelles Tempo des Bezirksamts“. Dafür gebe es aktuell auch gar keine Finanzmittel. Szidat drängt sich stattdessen der Eindruck auf, „dass entgegen allen Lippenbekenntnissen hier aktiv gegen eine Fortführung des Gemeinschaftsgartens gearbeitet wird und dieser schlichtweg nicht erwünscht ist“.

Bialas schlug als Kompromiss vor, den Vertrag unbefristet zu verlängern – aber mit einer halbjährlichen Kündigungsfrist zu versehen, die jederzeit genutzt werden könne. Während die Bearbeiterin des Grünflächenamts dies ablehne, habe Anders-Granitzki zugesagt, das vom bezirklichen Rechtsamt prüfen zu lassen.

Vor allem dank der Vermittlung der Stadträtin „hoffen wir weiter, dass wir uns einigen können“, sagt Bialas. Das Problem sei aber, dass die Verhandlungen nun wieder direkt mit der SGA-Bearbeiterin fortgeführt würden. „Wir fürchten, dass uns dann weitere Steine in den Weg gelegt werden.“


"Wird immer schlimmer": Neue Klagen aus dem Hundeauslaufgebiet Mauerpark. Es gibt neue Schreckensberichte aus dem Hundeauslaufgebiet im Mauerpark. Oder dem „sogenannten Hundeauslaufgebiet“, wie es die Schriftstellerin und Anwohnerin **Tanja Dückers** nennt.

„**Die Situation wird leider immer schlimmer**“, sagt Dückers. In den letzten Tagen seien erneut zwei Hunde mit Vergiftungen durch Drogen in Tierkliniken gewesen. An einem Tag habe zudem ein mutmaßlich drogensüchtiger Mann bewusstlos mitten im Hundeauslaufgebiet gelegen. Fotos davon machten in den WhatsApp-Gruppen der Hundefreunde die Runde.

Laut Berichten von Nachbarn sei dieselbe Person schon häufiger im Auslaufgebiet und im Mauerpark auffällig geworden, sagt Dückers. Er würde „andauernd schreien, dass er Leute umbringen will“ und sei bereits „mindestens zehnmal“ von der Polizei des Parks verwiesen worden. Er komme jedoch immer wieder.

Eine Hundebesitzerin zeigte Mitleid mit der Person, aber das Bild unterstreiche, dass das Auslaufgebiet „ein Ort für betrunkene und drogensüchtige Menschen“ geworden sei. Sie würden sich dort übergeben und ihre Notdurft verrichten. „Dieses Auslaufgebiet ist kein Auslaufgebiet mehr, sondern gefährliches, aufgegebenes Land.“

Das Bezirksamt sieht sich wie berichtet außerstande, daran etwas zu ändern. Weder das Ordnungsamt Pankow noch die Polizei könnten „den Drogenkonsum dauerhaft kontrollieren und verhindern“, [hatte die Bezirksstadträtin Manuela Anders-Granitzki \(CDU\) unlängst erklärt](#). Sie appellierte stattdessen „an alle Hundebesitzer, momentan besonders aufmerksam zu sein“

Datum: 30.06.2023	Medium: Morgenpost
	Autor: Joachim Fahrhun Thema: Dirk Stettner

Senat sichert Bezirken doch mehr Geld zu



Finanzsenator Stefan Evers spricht auf einer Pressekonferenz. (Archivbild)

Foto: Joerg Carstensen/dpa


Die schwarz-rote Koalition kommt den Bezirken jetzt doch entgegen. Spitzenrunde sagt rund 100 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr zu.

Der **Senat** wird den zwölf Bezirken doch mehr Geld geben als in den ersten Plänen des Finanzsenators für den Doppelhaushalt 2024/25 vorgesehen. 100 Millionen Euro mehr soll es pro Jahr geben. Darauf hat sich nach Morgenpost-Informationen am Donnerstagabend eine Spitzenrunde mit dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner, Finanzsenator Stefan Evers und Fraktionschef **Dirk Stettner** für die CDU sowie Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey, Fraktionschef Raed Saleh und dem Finanzexperten Torsten Schneider für die SPD verständigt. Damit hoffen die Spitzenleute, die von einigen **Bezirken** bereits angekündigten Kürzungen abwenden zu können. Unter anderem hatten Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg angekündigt, Jugendtreffs und

soziale Angebote streichen zu müssen. Sie bezifferten ihren zusätzlichen Bedarf auf jeweils etwa 20 Millionen Euro pro Jahr. Zwischen diesen Wünschen und dem, was der Finanzsenator nun zusätzlich locker machen soll, bliebe also immer noch eine Differenz.

Berlin: Ursprüngliche Anmeldungen für den Doppelhaushalt lagen um sechs Milliarden Euro über dem Finanzrahmen
Insgesamt diene das Treffen der **Koalitions-Spitzen** dazu, sich ein Bild vom Stand der schwierigen Haushaltsaufstellung insgesamt zu verschaffen. Demnach wird es dem Senat wohl gelingen, am 11. Juli den Doppelhaushalt zu verabschieden und ans Parlament zur Beratung zu geben. Diese beginnt dann nach der Sommerpause.

Mit den üblichen Instrumenten wie etwa pauschalen Minderausgaben sei es gelungen, die Budgets für alle Häuser zu schließen und die wichtigen Projekte zu finanzieren, hieß es. So sei auch Geld für ein 29-Euro-Ticket vorgesehen, auch wenn noch unklar ist, wie das ausgestaltet werden soll. Die Senatsressorts hatten zunächst viel mehr Geld eingeplant als vorhanden ist. Die ursprünglichen Anmeldungen für den **Doppelhaushalt** lagen um sechs Milliarden Euro über dem Finanzrahm.

Datum: 30.06.2023	Medium: Berliner Morgenpost
	Autor: Thomas Schubert Thema: Sascha Groß

UMSTRITTENES HOCHHAUS

Pankow: Jamaika öffnet Tür für Windkrafttürme **M+**



Aktualisiert: 28.06.2023, 18:00 | Lesedauer: 6 Minuten

Thomas Schubert

Neue Zwillingstürme für Prenzlauer Berg? 16-stöckige Hochhäuser mit Windrädern, Büros, Handel, Gastro und Kultur sollen den Alten Schlachthof prägen, wenn es nach einem israelischen Investor geht.

Foto: Christoph Langhof / Argo Properties / Berliner Morgenpost

Trotz Denkmal-Streits hoffen Investoren wieder auf das Projekt „Eldenaer 4 Zero“. Denn in Pankow weht nun ein anderer Wind.

Sascha Groß „herausfordernden, spannenden Vorhaben“

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article238810881/Pankow-Jamaika-oeffnet-Tuer-fuer-Windkrafttuerme.html>

Ihre CDU in Pankow